Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesendete Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle Große Ulrichstraße 63. I., Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63. I, sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle Markt 24
Anzeigen-Geschäftsstelle Gr. Ulrichstraße 63. I., Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 131. **Halle a. S., Mittwoch, den 18. März** **1908.**

Die Abnahme der Geburten.

Es ist unbestreitbar, daß im letzten Menschenalter die Zahl der Geburten in Deutschland, wenn auch nicht absolut, so doch relativ stark abgenommen hat. In dem Jahrfünft 1872—1876 kamen auf 1000 Einwohner noch nahezu 42 Geburten jährlich ,im folgenden Jahrfünft nur 40, im nächsten 38½, von 1887—1891 nur noch 37⅘, im darauffolgenden Jahrfünft 37⅓, im nächsten 37 und endlich im letzten Jahrfünft 1902—1906 nur noch 34⅘. Die relative Abnahme ist also recht beträchtlich und da sie in den letzten fünf Jahren besonders stark war, so ist es wohl erklärlich, daß ängstliche Gemüter uns bereits von dem Schicksale Frankreichs, dem Bevölkerungsstillstand, bedroht sehen.

Ganz so schlimm ist die Sache nun nicht. Zunächst ergibt sich aus dem soeben erschienenen ersten Hefte der offiziellen Statistischen Jahrhefte für 1908, daß im Jahre 1906 34,08 Geborene auf 1000 Einwohner kamen gegen 34 im Jahre 1905. Dies ist ja allerdings nur ein sehr kleiner Fortschritt, der doch aber zum mindesten dafür spricht, daß in dem Rückgang ein Stillstand eingetreten ist. Bleiben wir aber auf dieser Ziffer stehen ,so stehen wir zwar damit relativ in der Zahl der Geburten hinter Rußland, Ungarn und den christlichen Staaten der Balkanhalbinsel zurück, aber wir übertreffen die übrigen Länder Mittel- und Westeuropas sowie die beiden wichtigsten Mächte außerhalb Europas, nämlich Japan und die Vereinigten Staaten. Deutschland hat also noch immer hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungsvermehrung durch Geburten viel mehr und — von Rußland und Ungarn abgesehen — vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkte aus — viel wichtigere Staaten hinter sich als vor sich.

Ein anderes wichtiges und für uns sehr tröstliches Moment wird von den Aengstlichen mit Vorliebe übersehen: die Tatsache nämlich, daß der Rückgang der Gestorbenen viel größer ist, als der der Geburten. Während im Jahre 1872 auf 1000 Einwohner mehr als 30 Sterbefälle kamen und 10 Jahre später immer noch mehr als 27, waren es 1892 nur noch 25⅓, im Jahre 1902 nur noch 20¼ und endlich 1906 nur noch 19⅓. Dieser gewaltige relative Rückgang hat sogar zu einem absoluten Rückgang geführt, denn während 1872 über 1¼ Million Sterbefälle zu verzeichnen waren, waren es im Jahre 1906 nur etwa 1⅙ Million. Das ist ein verblüffend günstiges Resultat, wenn man bedenkt, daß das Deutschland von 1872 nur wenig mehr als 40 Millionen Einwohner hatte, während es 1906 über 60 Millionen zählte. Bei einer Zunahme der Bevölkerung um gut 50 Proz. der ursprünglichen Ziffer eine absolute Abnahme der Todesfälle — das ist ein Resultat, das unseres Wissens kein anderer Staat zu verzeichnen hat und auf das Deutschland mit Recht stolz sein kann.

Wenn man nun den Jahresabschluß einer Bank oder eines großen industriellen Unternehmens liest, so fragt man sich zuerst nicht danach, wie die Einnahme oder wie die Ausgabe gewesen ist, sondern wie sich die Gesamtbilanz stellt, d. h. welcher Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben erzielt worden ist. Aehnlich muß man bei der Beurteilung der Bevölkerungsbewegung in einem Staate zu Werke gehen. Nicht die Zahl der Geburten, nicht die der Sterbefälle ist entscheidend, sondern auf den Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle kommt es an. In dieser Hinsicht aber hat Deutschland allen Grund, zufrieden zu sein. Trotz der starken Bevölkerunoszunahme seit 1872 ist der Ueberschuß, also die natürliche Bevölkerungsvermehrung, heute relativ und deshalb natürlich erst recht absolut stärker als damals. Vor 30 Jahren betrug er ungefähr 12½ auf 1000 Einwohner und sank in den nächsten 10 Jahren sogar auf 11⅓ herab. In den letzten 20 Jahren aber ist er fast andauernd gestiegen und er betrug im letzten Jahre nahezu 15. Rund 2 085 000 Geborene, rund 1 175 000 Gestorbene zählte Deutschland im Jahre 1906, so daß der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle mehr als 900 000 betrug, eine Ziffer, die auch in dem bis dahin günstigsten Jahre 1902, nicht ganz erreicht worden ist.

Die ängstlichen Gemüter, zu denen sich letzthin auch der sonst von patriotischen Beklemmungen ja ziemlich freie „Vorwärts" gesellt hat, können sich also beruhigen. Wenn nicht — was ja aber doch nicht zu erwarten ist — fürchterliche Heimsuchungen durch Seuchen Deutschland beworfstehen, so wird es in den nächsten Jahrzehnten an Rekruten und an Arbeitskräften dem Vaterlande nicht fehlen. Gewiß gibt ein Rückgang von Geburten zu denken, und zwar nicht nur vom volkswirtschaftlichen, sondern auch vom sittlichen Standpunkte aus, aber ernstlichen Sorgen braucht man sich, wie die vorstehenden Ziffern ergeben, für die nächste Zeit noch nicht hinzugeben. (.)

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Kaiser Wilhelm wurde vom Münchener Hofe zum Besuche der Jubiläumsausstellung eingeladen.

— Die Kronprinzessin Cecilie soll, wie in militärischen Kreisen verlautet, zum Chef des Husarenregiments Nr. 11 in Krefeld ernannt werden. Es ist dies das bekannte Regiment der „Tanzhusaren".

Die Freisinnigen und § 7 des Vereinsgesetzes.

Am Montag hat zwischen dem Fürsten Bülow und den Abgeordneten Müller-Meiningen und v. Payer eine längere Konferenz stattgefunden. Ueber ihr Ergebnis wird indes strengstes Stillschweigen gewahrt. Gestern abend hat beim Reichskanzler ein Diner im kleinen Kreise stattgefunden, zu dem die Führer die Blockparteien Einladungen erhalten haben.

Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft des Reichstages hat gestern vormittags wie nachmittags über ihre Haltung zum § 7 und die innerpolitische Lage überhaupt beraten.

Die Vereinsgesetzkommission wird heute ihre Beratungen wieder aufnehmen.

Zentrum und Wahlrechtsreform.

Eine große Zentrumsversammlung, die am Montag in Berlin stattfand, nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die am 16. März 1908 zu Berlin versammelten nahezu 3000 Zentrumswähler geben nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Giesberts ihre einstimmige Meinung dahin kund, daß in Preußen nur eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Volksvertretung die Interessen des ganzen Volkes wahrnehmen kann. Die Versammlung fordert dieses Wahlrecht und ist überzeugt, daß die Zentrumspartei diese Forderung nachdrücklichst vertritt.

Die liberale Frauenpartei

erläßt zum Wahlkampf einen Aufruf. Als praktische Arbeit empfiehlt sie: 1. Veranstaltung von Frauen-Versammlungen mit dem Thema „Die Bedeutung der Landtagswahlen von 1908". 2. Aufstellung von Listen der Frauen, die für Unterstützung des Liberalismus in Betracht kommen. 3. Geldsammlungen in allgemeinen Frauenvereinen, Berufsvereinen, sowie bei einzelnen wohlhabenden und wirtschaftlich selbständigen Frauen. 4. Anknüpfen von Verbindungen mit den liberalen Parteien der Männer am Orte. 5. Energisches Hinwirken darauf, daß nicht zwei liberale Kandidaten einander gegenübergestellt werden. 6. Jeder Kandidat hat bindende Erklärungen zur Schulpolitik abzugeben, gemäß unserem Programm „Kampf gegen jede Herrschaft der Kirche auf dem Gebiete der Schule". Hier liegt das wahre Kennzeichen eines liberalen Menschen. 7. Die Aufstellung einer Arbeiter-Kandidatur seitens des Liberalismus ist, wo irgend eine geeignete Persönlichkeit vorhanden ist, zu fordern und zu unterstützen.

Heer und Flotte.

— Wie der „Voss. Ztg." aus Wilhelmshaven gemeldet wird, ist der Vizeadmiral Wodrig, Chef des Werftdepartements im Reichsmarineamt, zur Verfügung des Chefs der Ostseestation gestellt. Seinen Posten übernimmt Vizeadmiral Breusing, Oberwerftdirektor in Wilhelmshaven. Mit Wahrnehmung dieses Postens ist Kapitän z. S. Zimmermann im Reichsmarineamt beauftragt.

— In militärischen Kreisen des neunten Armeekorps wird nach dem „B. T." behauptet, zum besseren militärischen Schutz der Westküste Schleswig-Holsteins solle das schleswig-holsteinische Dragonerregiment Nr. 19, das zurzeit in Metz garnisoniert, nach Tondern und Apenrade bisloziert werden.

Allgemeine Mitteilungen.

— Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften beriet in seiner gestrigen Sitzung über seine Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern. Es wurde beschlossen, dem Berufsgenossenschaftstage vorzuschlagen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

— In der Budgetkommission des Reichstages sprach sich Unterstaatssekretär Twele für die Notwendigkeit einer Erhöhung der Schatzanweisungskredite aus. Die Kommission nahm darauf den von dem Referenten Speck gestellten Antrag, diesen Kredit von 350 auf 475 Millionen zu erhöhen, an.

— Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte am Dienstag die Wahl des Abg. Niederlöhner (konf. Dinckelsbühl) für gültig und beanstandete die Wahl des Abg. Boltz (natl.).

— Die Wahlrechtsdeputation der sächsischen zweiten Kammer beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, die Oeffentlichkeit zu ihren Verhandlungen zuzulassen und über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen der Deputation einen offiziellen Bericht herauszugeben.

Deutscher Reichstag.

124. Sitzung vom 17. März, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: **Dernburg.**

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

namentliche Abstimmung

über den Antrag Hompesch und Gen. (Ztr.), dem Text des Gesetzes über den Etat des Reichsschatzamts den folgenden Satz hinzuzufügen:

„Als hilfsbedürftig gelten Kriegsteilnehmer, deren steuerbares Einkommen nach den landesrechtlichen Bestimmungen über die allgemeine Einkommensteuer nicht mehr als 900 Mk. beträgt. In Bundesstaaten, die keine Einkommensteuer haben, setzt die Landesregierung den entsprechenden Betrag des steuerbaren Einkommens oder Vermögens fest."

Für den Antrag stimmten 128 Abgeordnete, dagegen 167 Abgeordnete, während 3 Abgeordnete sich der Abstimmung enthalten.

Der Antrag ist also abgelehnt.

Der Rest des Etats des Reichsschatzamts wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des

Reichs-Kolonialamtes,

des Kolonial-Etats und der Nachtragsetats über die kolonialen Eisenbahnen.

Die Generaldebatte beginnt beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs."

Hierzu liegen die folgenden 3 Resolutionen vor:

1. Eine Resolution Graf v. Hompesch (Ztr.), den Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen dahin zu treffen, daß erstens die Rechtspflege unter den Eingeborenen mit erhöhten Garantien umgeben wird, zweitens in Rechtsangelegenheiten zwischen Eingeborenen und Weißen die Rechte der Eingeborenen genügend gewahrt werden und drittens für die Weißen in Strafsachen eine Berufungsinstanz in dem Schutzgebiet geschaffen und als Revisionsinstanz das Reichsgericht bestimmt wird, während in Zivilsachen eine Berufungs- und Revisionsinstanz im Deutschen Reiche errichtet wird.

2. Eine weitere Resolution Graf v. Hompesch (Ztr.), den Reichskanzler zu ersuchen, tunlichst bald die schärfsten Maßnahmen gegen die Einfuhr und den Ausschank von Alkohol in den Schutzgebieten zu ergreifen.

3. Eine Resolution Dr. Ablaß (frs. Vp.) und Gen., den Reichskanzler zu ersuchen, die allmähliche Trennung von Justiz und Verwaltung in den Kolonien in die Wege zu leiten und zur Vorbereitung der Kodifizierung des Eingeborenenstrafrechts unter tunlichster Berücksichtigung der Rechtsgebräuche der Eingeborenen allgemeine Anweisungen über die Anwendung des deutschen Strafrechts zu erlassen.

Abg. Dr. **Semler** (ntl.) berichtet im Namen der Budgetkommission eingehend über die dort geführten Debatten. Sie sind aus den Kommissionsberichten bereits genau bekannt. Der Berichterstatter hebt hervor, daß abweichend von der bisherigen Gewohnheit in der Kommission ein ausführliches von den Rednern korrigiertes Protokoll aufgenommen worden sei. Mehrfach deutet Abg. Semler den Gegensatz an, der zwischen dem Kolonialstaatssekretär Dernburg und großen Parteien der Kommission in den Fragen des Arbeitszwanges und der ganzen Eingeborenenpolitik hervorgetreten sei. Einig sei man sich in dem Wunsche gewesen, die unproduktinen Ausgaben für Truppen zu verringern. Durch Umwandlung in Eisenbahnkompagnien habe man versucht, einen Teil der unproduktiven Militärkraft in produktive umzuwandeln. Besonders ausführlich geht der Berichterstatter auf Südwestafrika ein. Er schließt mit der Bitte um Nachsicht für den Fall, daß sein Bericht nicht fehlerfrei und nicht erschöpfend gewesen sei, da die Verhandlungen überaus schwierig und verwickelt gewesen wären.

Staatssekretär im Reichskolonialamt **Dernburg:** Aus dem Vortrage des Referenten haben Sie gesehen, welche Fülle von Gesichtspunkten die Budgetkommission beschäftigt hat. In nicht weniger als 16 Sitzungen sind alle diese Punkte abgehandelt worden. Die drei Etats für Togo, Kamerun und Ostafrika, zusammen mit dem kleinen Etat Südseeinseln, haben die Kommission nicht weniger als drei Wochen lang beschäftigt. Ich muß es mir daher auch hier versagen, auf alle Einzelheiten einzugehen, zumal auf diese Weise ein Ueberblick nicht zu gewinnen wäre. Sie werden mich aber bereit finden, bei jeder einzelnen Position dem Hause Rede und Antwort zu stehen, wie ich es schon in der Kommission für meine Pflicht erachtet habe. Wenn die Beratungen des Kolonialetats auch diesmal in der Kommission einen außerordentlichen Umfang angenommen haben, so ist das ein erfreuliches Zeichen dafür, daß das Interesse der deutschen Nation an sämtlichen Fragen des kolonialen Lebens sich dauernd in steigender Linie bewegt und auch die Kreise der äußersten Linken ergreift, die zu seinem Beginne sich vollkommen ablehnend verhalten haben. Noch ein anderes hat die Beratungen erschwert. Ich habe im vorigen Jahre eine ziemlich umfängliche

Reise nach Ostafrika

gemacht, und die Beobachtungen, die ich dort gemacht habe, haben zu eingehenden, programmatischen Erklärungen geführt, welche, da sie von dem Referenten angeschnitten worden sind, und da er mit Recht gesagt hat, daß sie für die gesamte Politik auch in den anderen Kolonien von Bedeutung sind, das hohe Haus wohl beschäftigen werden. Die Darlegungen sind zu umfangreich und sind im schriftlichen Bericht der Budgetkommission gedruckt in ihren Händen, so daß ich sie heute nicht ausführlich wiederholen will. Ich will heute nur ohne ein Eingehen auf die Geschichte und ohne Darlegung der einzelnen Motive noch einmal vor dem Hause feststellen, was denn eigentlich diese Politik ist. Ich möchte hervorheben, daß ich von vielen Seiten zu diesen programmatischen Darlegungen eine außerordentliche Zahl von zustimmenden Zuschriften erhalten habe. Das hat mich um so mehr gefreut, als die Aufgabe für uns Deutsche, in das Leben der Schwarzen Einblick zu gewinnen, und die Aufgabe der deutschen Beamten draußen, deutsches Leben und Empfinden den Schwarzen näher zu bringen, so außerordentlich schwierig ist, daß jede moralische Unterstützung dankbar begrüßt werden muß. Die

programmatischen Sätze

lauten kurz wie folgt: Es muß angestrebt werden in den Kolonien eine deutsche Regierung, welche Vertrauen bei allen in der Kolonie vertretenen Berufen und Rassen erwirbt. Ihre Aufgabe ist in erster Linie wirtschaftlicher Natur, die Kräfte, welche in den Kolonien ruhen, zu entwickeln. Dazu muß das Ansehen der Regierung unbedingt gewahrt, ihren Anordnungen unweigerlich Folge geleistet werden, und sie muß die Kraft haben, sie durchzusetzen. Daraus folgt, daß die Regierung sein muß eine Regierung der Gerechtigkeit und des Wohlwollens gegenüber Weißen und Schwarzen. (Sehr wahr!) Die Personen, die sie ausüben, müssen die notwendige wirtschaftliche Vorbildung besitzen, die notwendige Kenntnis von Land und Leuten, und der wirtschaftlichen Zustände, die dort herrschen, sich angeeignet haben, eine ruhige und stetige Verwaltungspraxis durchzuführen und von der großen und wichtigen Aufgabe überzeugt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080318011/fragment/page=0001

sein, große und volksreiche Länder zu entwickeln, die materielle Wohlfahrt und das körperliche Wohlergehen der Eingeborenen zu fördern und sie zu höherer Gesittung emporzuführen. Diese Aufgabe muß ohne Hast und Eifer langsam und zielbewußt in der Erkenntnis durchgeführt werden, daß eine Kolonisation großen Stils nicht in einer Generation zu Ende gebracht werden kann, daß sie langer Zeit und Ausdauer bedarf. Ich schulde den Beamten der Kolonialverwaltung und denen in den Kolonien, besonders denen, die ich in Ostafrika gesehen habe, und den Offizieren der Schutztruppe, die in dem Verwaltungskörper der Kolonien ein wichtiges Glied bilden, für den Geist, in dem sie ihre Aufgabe erfaßt haben, und für die Geschicklichkeit und Ruhe, mit der sie in schwieriger Lage arbeiten, die höchste Anerkennung. (Lebh. Beifall.) Bei der Schwierigkeit der Aufgabe müssen die hinauszusendenden Beamten und Offiziere die Gelegenheit erhalten und die Notwendigkeit haben, ihre wirtschaftliche Vorbildung theoretisch und praktisch möglichst zu ergänzen. Es muß gesorgt werden für größere Stabilität innerhalb der Verwaltung und längeres Verbleiben der Beamten in ihren Stellungen. Die Kolonialkarriere muß gebildeten Leuten jeder Vorbildung eröffnet werden, alle müssen gleiche Chancen und die Möglichkeit zur Erreichung der höchsten Posten haben. Die Schaffung eines wirklichen Kolonialbeamtenstandes muß angestrebt werden, die ihr ganzes Leben im Dienste der Heimat in den Kolonien verbringen.

Ferner läßt sich der Staatssekretär über die Magerkeit der ostafrikanischen Bahndenkschrift aus, die im auffallenden Gegensatz zur Ausführlichkeit der Togo-Denkschrift steht. Ich habe dem Hause eine Denkschrift über Ostafrika überhaupt zugehen lassen, außerdem eine Veröffentlichung des Reichsamts des Inneren über den Handelsverkehr in Ostafrika, die alles das enthalten, was über dies Land zu wissen notwendig ist. Ich habe diesen Weg gewählt, weil ich nicht wußte, in welchem Moment ich mit der Bahndenkschrift an Sie herantreten würde und ob Sie noch Zeit haben würden, sie für die erste Beratung zu studieren.

Die sogenannte Eisenbahnvorlage enthält aber erheblich mehr als bloß den Bau von Bahnen. Sie enthält den Versuch, die Kolonialbilanz auf eigenen Fuß zu setzen, der die Lasten der Heimat in Zukunft in ihrer Maximalhöhe limitieren und beschränken soll. Im vorigen Jahre ist in der Budgetkommission diese Frage ausführlich erörtert worden und gerade das hier vorgeschlagene Schema gebilligt, auch von einem Mitglied der Mitte, was ich gegenüber einem heutigen Artikel der „Germania" bemerke. Die Limitierung der Maximalhöhe des Reichszuschusses ist ein großer fundamentaler Fortschritt. Er enthält die Mahnung an die Schutzgebietsverwaltungen, sparsamer zu wirtschaften und nicht ohne Rücksicht auf die eigenen Einnahmen, wie es jetzt vielfach geschieht, große Forderungen zu stellen und im Interesse der kolonialen Ausgaben auch auf Erschließung entsprechender Einnahmequellen bedacht zu sein. Es liegt auf der Hand, daß, solange die Heimat wie ein guter Vater für den kolonialen Sohn sorgt, die Gouverneure und Beamten nicht Schwierigkeiten haben, neue und größere Mittel herbeizuschaffen. Sie verlassen sich dann lieber auf den hohen Reichstag und die Kolonialverwaltung. Das liegt aber nicht im Interesse einer sparsamen Wirtschaft.

Ebenso ist der Anfang gemacht worden mit einem Ausgleichsfonds, zunächst für Togo. Auch das entspricht einem Beschluß der Budgetkommission vom vorigen Jahre, und es wird die Frage sein, ob nicht auch für die anderen Kolonien ein solcher Fonds geschaffen wird, zunächst für Ostafrika. Frankreich hat nicht allein 27 Millionen Franks jährliche Rente nach Algier gegeben — das entspricht einem Kapital von 900 Mill. Franks —, sondern auch 700 Millionen Kolonialeisenbahnanleihe aufgenommen. Das sind ungefähr 1½ Milliarden. Bei der ersten Lesung des Reichsetats ist hier darüber geklagt worden, in welch ungeheurem Maße die Reichsschulden sich vermehren: Frankreich habe seit 1870 keine weiteren Schulden gemacht. Gewiß nicht — wenn Sie diese 1½ Milliarden nicht rechnen und nicht rechnen, was die Engländer in die Kolonien stecken. Sie aber haben hier über 400 Millionen für den Feldzug in Südwest auf die Reichsschuld genommen, da dürfen Sie sich freilich nicht wundern! Die Schutzgebiete haben ihr eigenes Vermögen, es ist nur recht und billig, daß sie auch ihre eigenen Schulden haben. (Abg. Dr. Südekum (Soz.) ruft: Ausgezeichnet!)

Der Staatssekretär streift dann kurz die Frage des fiskalischen Bahnbaus: die Gründe dafür werden am besten in der Kommission auseinandergesetzt werden und sind ja auch in der Denkschrift im wesentlichen enthalten. Die Bahnunternehmungen müssen in der Hand des Fiskus bleiben, weil sie nicht nur Erwerbs-, sondern auch staatlichen Zwecken dienen sollen.

Ostafrika kann nun natürlich nicht von einem Punkt aus erschlossen werden. Je nach dem Gesichtspunkte, je nach dem Wohnorte kommt die Vorlegung des einen oder anderen Wunsches. Wer in Tanga wohnt, will natürlich eine Bahn nach Tanga haben. Daraus kann die Kolonialverwaltung sich natürlich nicht einlassen. Sie sieht auf dem Standpunkte, daß jeder entwickelungsfähige Teil, sobald die Kolonie dazu imstande ist, die Zinsen dafür aufzubringen, durch Eisenbahnen erschlossen werden muß, und daß das nur immer eine Frage der Zeit ist und der ganze Streitpunkt nur darin besteht, wer kommt zuerst? Ich habe die folgende Methode verfolgt: Bei den kolonialen Eisenbahnen kommt es gar nicht darauf an, von wo die Güter aus dem Innern herauskommen. Das wissen wir ganz genau, daß Gummi und Elfenbein ebenso wie auf dem Rücken der Träger auch auf der Eisenbahn befördert werden kann. Es handelt sich aber darum, festzustellen, welche Massen von geringwertigen Massengütern können für eine Eisenbahn erzielt werden und wie weit ist der Wirkungskreis einer jeden solchen Eisenbahn mit Rücksicht auf solche Güter?

Ich habe die Verhältnisse der Taborabahn genauer geprüft. Auf dem Wege haben wir jede uns entgegenkommende Karawane angehalten und uns erkundigt, was sie mit sich führte. Besonders wurde die Oelfrucht transportiert, die ein gutes Massenprodukt ist, das keinen Wert hat. Wenn man den Wirkungskreis einer Eisenbahn auf etwa 150 Kilometer im Umkreise schätzt, dann liegen 84 Proz. des Interessengebietes dieser Bahn in unserem Schutzgebiet. Die Bahn wird sich also wirtschaftlich rentieren. Als seiner Zeit die englische Ugandabahn gebaut wurde, erhoben sich Stimmen, die behaupteten, die Bahn würde uns das Geschäft wegziehen. Ich habe gefunden, daß diese englische Bahn das Schutzgebiet gar nicht schädigt. Sie hat im Gegenteil einen großen Teil des Schutzgebietes erschlossen und ist ein Segen für unseren Besitz geworden. Als Geschäft an und für sich ist sie aber nicht von Bedeutung. Sie bezahlt sich zwar vollständig, das liegt aber daran, daß sowohl die Steuern als auch die Zölle einen derartigen Aufschwung genommen haben, daß die Einnahmen des Fiskus daraus sehr bedeutend sind. Würden wir eine Konkurrenzbahn bauen, so würden wir ein an und für sich schlechtes Geschäft machen, denn da die Ugandabahn nur 1½ Proz. Ueberschuß hat, so würden wir bei der Teilung der Frachten gar nur auf ¾ Proz. kommen. Warum sollen wir also eine Konkurrenzbahn für diese Ugandabahn bauen, wenn wir noch reichlich an anderen Bahnen in unserem Schutzgebiet zu tun haben? Es ist nicht Aufgabe der kolonisatorisch tätigen Nationen, sich gegenseitig das Wasser abzugraben. Wir müssen uns freuen, wenn einer dem anderen die Schultern etwas erleichtert. (Beifall.) Alle die Bahnen, die angefordert werden, machen im ganzen keine überaus große Summen aus. In den nächsten 20 Jahren und auch bereits vorher wird das Schutzgebiet sicher in der Lage sein, die Kosten aufzubringen. Wir werden eine der Bahnen nach der anderen bauen können, und ich kann allen, die für unsere Kolonien Interesse haben, nur die Bitte ans Herz legen, ihre Spezialwünsche nunmehr zurückzustellen und der Regierung zu folgen. (Sehr richtig!) An der bisherigen Verzögerung des Ausbaues ist nicht die Regierung schuld, sondern manche Freunde der Kolonien, die zunächst ihre eigenen Wünsche berücksichtigt haben wollten. (Sehr richtig!) Die Taborabahn ist von großer Bedeutung. Denn Tabora ist die einzige wichtige Stadt im Innern. Sie hat 40 000 Einwohner, intelligente, arbeitsfähige und auch selbstbewußte Leute. Die Wirkung eines Aufstandes im Innern würde gar nicht abzusehen sein, wenn dieses Gebiet davon ergriffen würde und wir ohne jegliche Verkehrsmittel dastehen würden. Die Regierung wird sich in ihrem Eisenbahnprogramm darauf beschränken, nur wirtschaftlich rentable Bahnen vorzuschlagen, so daß eine Belastung des Reiches ausgeschlossen ist. Das ausgearbeitete Programm verfährt auch nach diesem Grundsatz. Alle diese Bahnen, die Usambarabahn, die Togobahn usw., werden in absehbarer Zeit in irgend einer Weise rentabel sein.

Wenn Sie die Vorlage annehmen, so werden Sie damit erreichen, daß Deutschland mit seinen Kolonien nicht mehr so wesentlich hinter den anderen zurücksteht. Sie werden eine große Entwickelung unserer sämtlichen Kolonien in die Wege leiten. Sie werden die Sicherheit des Besitzstandes des Deutschen Reiches, der sonst noch sehr problematisch ist, erhöhen, ohne Erhöhung der militärischen Kosten, ja sogar bei einer Verminderung der militärischen Macht. Sie werden die Früchte ernten, die mit Schwierigkeiten erworben sind. Sie werden das tun ohne Schaden für die gesamte Finanzlage des Reiches und mit der sicheren Aussicht, daß die Opfer, die bisher gebracht sind, zwar nicht ausgeglichen, aber doch nicht umsonst gebracht sind. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frhr. v. Richthofen (kons.): Wenn man bis Mitternacht in diesem Hause gesessen hat, dann kann man sich auf eine wichtige Kolonialrede nicht mehr angemessen vorbereiten. (Zustimmung.) Wir haben die Zuversicht, daß der Staatssekretär den besten Willen hat, unsere Kolonien zu fördern, daß er ein Mann von Initiative ist. Kulturelle und nationale Gesichtspunkte kommen für uns in erster Linie in Betracht. Wir wollen nicht bloß christianisieren, sondern auch kultivieren. Oft genug ist die Mission der Anwalt der Eingeborenen. Daher kann es leicht zu Konflikten kommen, die besser vermieden werden. Der Eingeborene ist der wertvollste Besitz der Kolonie, darum müssen wir ihn vom Wilden zum Menschen machen. Die Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit ist eine Frage, die unbedingt gelöst werden muß. Als einen Triumph der Kolonialpolitik sehe ich es an, daß jetzt wieder ein größerer Teil des den Siedelungsgesellschaften zustehenden Landes freigemacht wird. Wir brauchen in den Kolonien eine richtige Mischung von Klein- und Großgrundbesitz. Von einem Uebermaß des Plantagenwesens müssen wir uns freilich hüten. An eine Wertzuwachssteuer ist noch nicht zu denken. Auch eine Kodifikation des Eingeborenenrechts ist verfrüht. Vor allem müssen wir sorgen, daß der deutsche Kolonialbeamte ein Muster für die ganze Welt wird. Mit der Bahnvorlage sind wir im allgemeinen einverstanden. (Beifall.)

Abg. Dr. Arning (nl.): Wir beginnen bereits, die Früchte unserer Kolonien zu ernten. Die Reise des Staatssekretärs in das Innere der Kolonie war eine absolute Notwendigkeit. Der Kardinalpunkt ist die Eingeborenenfrage. Auch die Alkoholfrage ist von Bedeutung. Eine Arbeiterverordnung muß wieder eingeführt werden. Auch durch die Hüttensteuer, aber besser noch durch die Kopfsteuer, werden die Eingeborenen zur Arbeit herangezogen. Die Europäerarbeit ist natürlich viel wertvoller als die des Negers. Erfreulich ist, daß sich jetzt auch unsere Universitäten mit kolonialen Fragen beschäftigen. Hoffentlich greift die Kenntnis von unseren Kolonien immer weiter um sich. (Beifall.)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) bespricht die Verwüstungen, die der Alkohol im Süden Kameruns anrichtet. Der Redner erklärt sich mit dem Eingeborenenprogramm des Staatssekretärs einverstanden. Der Eingeborene müsse auf seinem Lande belassen werden. Erziehung zur Arbeit in Freiheit sei die Hauptsache. Die Vorteile der deutschen Herrschaft müssen den Eingeborenen zum Bewußtsein kommen, damit sie Vertrauen zu unserer Regierung haben. (Beifall.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Mittwoch 1 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 6½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom 17. März.

Am Ministertisch: v. Arnim.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Dritte Lesung des Etats.

(Zweiter Tag.)

Die Einzelbesprechung wird fortgesetzt beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Dazu liegt ein bereits gestern begründeter Antrag v. Arnim (kons.) vor, in einem Nachtragsetat 200 000 Mark zur Beschaffung von Saatgut in Ostpreußen bereitzustellen, eventuell durch Abstriche bei verschiedenen Titeln diese Summen zu sparen und den Titel „Förderung der Land- und Forstwirtschaft in Ostpreußen" um 200 000 Mark zu erhöhen.

Abg. Gothein (frs. Vp.) hält es für richtig, die Wasserbauabteilung beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu belassen. Es würde zweckmäßig sein, die Domänenverwaltung unter die Forstverwaltung zu stellen. Die Techniker müßten in der Verwaltung den Juristen gleichgestellt werden. Die im Antrag Arnim geforderten 200 000 Mark könnten sehr wohl im Wege des Nachtragsetats beschafft werden.

Abg. Glatzel (ntl.) befürwortet den Antrag v. Arnim und dankt für das der Provinz Ostpreußen erneut bekundete Wohlwollen.

Landwirtschaftsminister v. Arnim hält die im Eventualantrag Arnim vorgesehenen Abstriche von anderen Titeln auch seinerseits für unbedenklich.

Abg. Dr. v. Woyna (frk.): Wir stimmen dem Antrag Arnim zu. Wichtig ist die Fortführung der Moorkultur in Hannover, damit der großen Nachfrage nach Pachtland im Westen mehr als bisher entsprochen werden kann.

Abg. Wallenborn (Ztr.) bemängelt die Form der Erhöhung des Ostfonds. Bei Prüfung gewerblicher Anlagen sollten stets landwirtschaftliche Sachverständige zugezogen werden, wie das seinerzeit vom Grafen Spee gefordert wurde.

Abg. v. Negelein (kons.) empfiehlt einen weiteren Ausbau des ländlichen Fortbildungsschulunterrichts.

Auf verschiedene Anfragen bemerkt Landwirtschaftsminister v. Arnim: Die Kolonisation der Moore wird künftig durch elektrische Einrichtungen in einem schnelleren Tempo vor sich gehen.

Ein Schlußantrag wird angenommen, und der Eventualantrag — Beschaffung der 200 000 Mark zur Saatgutlieferung für Ostpreußen durch Abstriche bei anderen Etatspositionen — wird genehmigt.

Abg. v. Bieberstein (fk.) begründet seinen Antrag betr. Errichtung einer Ansiedelungsbank für Ostpreußen. Der Antrag fordert vom Staat einen in drei Raten zu zahlenden zinsfreien Beitrag von 4 Millionen Mark für Errichtung einer solchen Bank, unter der Voraussetzung, daß Provinz, Kreise und Generallandschaft Ostpreußen ebenfalls 4 Millionen Mark für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Der Staatsbeitrag, dessen erste Rate am 1. April 1909 fällig sein soll, soll aus dem entsprechend zu erhöhenden Zweimillionenfonds gewährt werden.

Landwirtschaftsminister v. Arnim tritt in einer langen, in ihren Einzelheiten auf der Tribüne völlig unverständlich bleibenden Rede dem Antrag von Bieberstein entgegen und empfiehlt an seiner statt die Unterstützung des bestehenden Instituts, der Ostpreußischen Landgesellschaft.

Abg. v. Dewitz-Oldenburg (frks.) spricht sich in ähnlichem Sinne aus und nimmt die Ostpreußische Landgesellschaft gegen die ihr vom Abg. Bieberstein gemachten Vorwürfe in Schutz.

Abg. Gerwin (Ztr.) äußert Bedenken gegen den Antrag Bieberstein.

Abg. Gyßling (fr. Vpt.) hält ebenfalls Bedenken gegen den Antrag. Die Ostpreußische Landgesellschaft habe durchaus ersprießlich gewirkt, sie aufzuheben, liege keine Veranlassung vor. Wenn der Antrag etwa auf Konservierung des ostpreußischen Großgrundbesitzer hinausliefe, müßten seine Freunde ihn bekämpfen. Einstweilen werden wir ihn in der Kommission eingehend prüfen.

Abg. Glatzel (ntl.) billigt die allgemeine Tendenz des Antrages, ohne sich auf seine Einzelheiten festzulegen.

Abg. Frhr. v. Gamp (frk.) begrüßt die Ankündigung des Ministers, daß für die innere Kolonisation erhöhte Mittel aufgewendet werden sollen. Landschaft und Landgesellschaft könnten in Ostpreußen ersprießlich nebeneinander wirken.

Minister v. Arnim erklärt auf verschiedene Anfragen, die juristischen Bedenken gegen die Entschuldungsvorlage seien beseitigt. Die Bestätigung stehe bevor.

Die Besprechung schließt. Der Antrag Bieberstein geht an die Budgetkommission.

Nachdem noch ein Antrag Böckelberg (fk.) auf redaktionelle Aenderung eines Etatstitels genehmigt worden ist, ist der Landwirtschaftsetat erledigt.

Beim Etat des Ministeriums des Innern fragt

Abg. Arnim-Züsedom, was von der Regierung gegen eine Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit durch die für den 18. März geplanten sozialdemokratischen Straßenkundgebungen geschehen sei. (Lebhafter Beifall rechts.)

Minister v. Moltke: Sollte die Sozialdemokratie wider Erwarten ihre Ankündigung wahrmachen und die Straße wieder zum Schauplatz von Demonstrationen machen wollen, so wird die Polizei am Platze sein. (Beifall rechts!) Die ruhigen Elemente der Bevölkerung mahne ich, sich nicht als Mitläufer bei diesen Kundgebungen zu betätigen. Die Genossen haben den Schaden, den sie davontragen, sich selbst zuzuschreiben. (Beifall rechts.)

Abg. Reinhard (Ztr.) beschwert sich über zu weit gehende Forderungen der Regierungspräsidenten wegen der Bemessung der Reservefonds der Sparkassen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (frs.): Wir verzichten auf eine Erörterung der sozialdemokratischen Straßendemonstrationen, um für diese keine Reklame zu machen.

Abg. v. Bülow-Homburg (ntl.) dankt für den Bau der Automobilrennbahn im Taunus, die dessen landschaftlich schönen Südabhang unberührt läßt.

Abg. Wolff-Lissa (frs. Vag.) bringt den bekannten Fall des geisteskranken Ammöneburger Bürgermeisters zur Sprache und rügt dessen Bestätigung durch die Regierung.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung.

Schluß 4½ Uhr.

Ausland.

Crispi-Erinnerungen.

In der Monatsschrift „März" veröffentlicht Dr. Diomede Carito Erinnerungen an Francesco Crispi. Es ist interessant, was Crispi über Bismarck und die auswärtige Politik äußert. Darüber erzählt Carito:

„Als Graf D.... seinen Unwillen gegen den rohen Charakter des eisernen Kanzlers geäußert hatte, fixierte er Francesco Crispi, als erwarte er eine Bestätigung seiner Worte. Crispi bemerkte, ohne sich aufzuregen, „daß solche Vorwürfe gegen Bismarck nur den guten Glauben jener bewiesen, die ihn verleumdeten, ohne ein volles Bewußtsein von der Tragweite ihrer Worte zu haben. „Diese Meinung", fuhr er fort, „wird von allen geteilt, die für ihre Zeit kein Verständnis haben und wachend träumen, da sie glauben, in der schönen Zeit der Diplomatie des sechzehnten, siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts zu leben, die voll von Hofintrigen, persönlichen Empfindlichkeiten und einer Politik oft recht schlecht verstandener Interessen war. Das war eine Diplomatie, die den Kultus der Heuchelei hoch hielt und das Phrasendreschseln bevorzugte, weil es auf die beste Art und Weise mindestens den Anschein erweckte, als verbärgen sich eigene Gedanken dahinter. Heutzutage ruht die Achse der auswärtigen Politik eines Landes auf vollständig unpersönlichen Gründen, und besonders auf den historischen, geographischen, wirtschaftlichen, industriellen Verhältnissen. Daraus setzen sich die Elemente für die politische Orientierung eines Landes zusammen. Wer berufen ist, die auswärtige Politik eines Landes zu leiten, befindet sich heute in der Lage eines Mechanikers, der eine gegebene Maschine führen soll. Er muß sich gewissenhaft an die Regeln der Mechanik halten und darf nicht seinen eigenen Impulsen und noch weniger seinen Launen folgen. Gerade hier läßt sich der gewaltige Fortschritt in der Politik und der Diplomatie erkennen, daß man sich einer Sprache bedient, die der Vergangenheit gerade entgegengesetzt ist. Man hat mit Recht hervorgehoben, daß die barbarischen Völker die Verstellungskunst für eine Haupttugend halten: Wer am schlauesten vorgeht und seine Ziele am besten zu verbergen weiß, den betrachteten sie als den Klügsten. Der Fortschritt schlägt einen entgegengesetzten Weg ein. Die englischen Politiker vor allem haben das Verdienst, seit der ruhmreichen fortschrittlichen Phase der Geschichte ihres Landes, das durch bestimmte Linien präzisierte Programm als Drehpunkt für die Verfolgung ihrer Pläne eingeführt zu haben. Der eiserne Kanzler, der das vollste Bewußtsein und den klarsten Blick für seinen eigenen Wert und den seiner Nation besitzt und ein rationelles, wohlbegrenztes Programm verfolgt, hat unter anderen das Verdienst, am meisten dazu beigetragen zu haben, das politische und diplomatische Wesen von den alten Ueberlieferungen zu befreien, die heutzutage keine Existenzberechtigung mehr haben. Es wird ihm immer zum Ruhme gereichen, daß er

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080318011/fragment/page=0002

dem Betrug, das formalistische Element aus der diplomatischen Welt zu verbannen, daß er es durch das rationale — man könnte sagen, durch das wissenschaftliche — ersetze. Im Gegensatze zu Thiers halte ich an dem Prinzip fest, daß sich die Kulturstufe eines Landes nach der Klarheit der Sprache bestimmen läßt, die seine politischen Männer führen. Vergleichen Sie die russische mit der englischen Diplomatie! Sie werden dann auf der einen Seite ein Bild des fortschreitenden, evolutionistischen Geistes im schönsten und sympathischsten Sinne des Wortes finden, dagegen auf der anderen Seite Anhänglichkeit an veraltete Methoden und veraltete Systeme, Widerspenstigkeit gegen den wirklichen Fortschrittsgeist, der die Seele des modernen Lebens ausmacht."

Die Revolution auf Haiti.

Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Der Abgang eines amerikanischen Kriegsschiffes von Guantanamo nach Port-au-Prince stellt sich als eine Vorsichtsmaßregel dar. Doch glaubt das Staatsdepartement nicht, daß ausländische Interessen ernstlich bedroht seien. Man müsse anerkennen, daß Revolutionären gegenüber eine strenge Unterdrückung oft notwendig sei. Die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, daß Haiti sich um sein Heil selbst bekümmern könne, und betrachteten es daher nicht als ihre Obliegenheit, sich da einzumengen, es müßte denn sein, daß amerikanische Interessen gefährdet würden oder die Gebote der Menschlichkeit ein Einschreiten notwendig machten.

*

Der haitanische Geschäftsträger in Berlin teilte einem Mitarbeiter des „B. T." folgendes mit: Soviel aus den in Berlin eingetroffenen Meldungen ersichtlich ist, seien nicht 27, sondern 11 Rädelsführer hingerichtet worden, es handele sich um eine regelrechte Palastrevolution, an der auch einige Gardeoffiziere teilgenommen haben. Diese neue Empörung gegen den Präsidenten habe mit der „Firmin-Affäre" nichts zu tun, es sei aber wahrscheinlich, daß sie eine Folge dieser ist.

Was die Lage der Fremden in Port-au-Prince betrifft, so erklärte der Geschäftsträger: „Ich halte alle Alarmnachrichten in dieser Richtung für übertrieben. Warum sollten die Empörer sich gegen die Fremden richten, die in Haiti durchaus nicht unbeliebt sind. Wir haben eine überwiegend französische Kultur, und die deutsche Kolonie in Port-au-Prince, das jetzt etwa 60 000 Einwohner zählt, ist nicht unbeträchtlich. Die Fremden können meiner Ansicht nach ganz beruhigt sein."

23. Provinziallandtag der Provinz Sachsen.

(Von unserem Spezialkorrespondenten.)

s. **Merseburg**, den 17. März.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1¾ Uhr. Eingegangen ist eine Petition der Bausekretäre der Provinz Sachsen um anderweitige Gehaltsregulierung, die der Haushaltskommission überwiesen wurde.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete Abg. Stadtrat und Stadtältester Voigtel-Magdeburg Bericht über beantragte Abänderung der Grundsätze über die Verleihung der Provinzialstipendien zum Besuche der Technischen Hochschule und des Institutes für Kirchenmusik in Berlin. Es wurde beschlossen, künftig die drei bestehenden Stipendien an Studierende aller Abteilungen der Technischen Hochschule zu verleihen.

Punkt 2, Abänderung des Planes zur Förderung der Pflege der geschichtlichen Bestrebungen innerhalb der Provinz Sachsen besprach als Berichterstatter Se. Durchlaucht der Fürst zu Stolberg-Wernigerode. Dem Antrage gemäß sollen in Zukunft der Provinzialkonservator und der Direktor des Provinzial-Museums als solche Mitglieder der historischen Kommission sein. Ihre Aemter berühren sich gegenseitig so innig, daß ein Zusammenwirken unbedingt geboten ist. Es wurde antragsgemäß beschlossen.

Die Vorlage über Neubauten beim Landesasyl in Jerichow und eines Verwahrungshauses für geisteskranke Verbrecher in Nietleben wurden der Anstaltskommission überwiesen, ebenso die Ueberweisung eines Provinzialbeamten an die Genthiner und Zieser—Groß-Wusterwitzer Kleinbahnen als Betriebsleiter an die Haushaltskommission, ebenso an die Anstaltskommission die Vorlage betr. den Neubau der Taubstummenanstalt in Halle.

Zu Punkt 5, erste Beratung der Provinzialausschußvorlage betr. den Bauplatz für das Provinzialmuseum referiert Abg. Fürst zu Stolberg-Wernigerode. Man hat Halle für das Provinzialmuseum in Aussicht genommen, das wegen seiner Universität zuerst in Betracht kam. Unter den von Halle angebotenen Plätzen ist der am Wettinerplatz gelegene der empfehlenswerteste. In der Besprechung ergreift zuerst Abg. Banzi das Wort, der das Geschenk des Bauplatzes in Halle näher anzusehen rät. Es ist noch keine bestimmte Zusicherung, was alles in das Museum hinein soll. Es fehlt ein genau begrenztes Programm für den weitgehenden Begriff Provinzialmuseum. In Hannover zählt man z. B. eine kostbare Kunstsammlung dazu. Es ist auch nicht von Segen, daß solche Art von Sammlungen zentralisiert werden. Dezentralisierung scheint hier das Rechte. Vorzüglich sind die Museen in den kleinen Städten. Sie fördern die Liebe zur Heimat und belehren die Bevölkerung, regen sie an mit bodenständiger Kunst. Das kann ein Zentralmuseum nie, in dem man in der Fülle des Gebotenen geradezu erstickt. Die Bestrebungen der kleinen Museen leiden darunter; es entwickelt sich naturgemäß eine scharfe Konkurrenz, die die Folge hat, daß die zu sammelnden Gegenstände außerordentlich teuer werden. Darum bedarf es genauer Erklärungen, worauf das geplante Museum sich erstrecken soll. Außerdem erheischt die Finanzfrage besondere Erwägungen. Das Museum kommt doch im wesentlichen der Stadt zugute, in der es liegt. Redner schlägt darum Verbindung mit dem städt. Museum in Halle gegen Vergütung vor und beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission. Geh. Rat Prof. Dr. Lindner als Vorsitzender der historischen Kommission und Vertreter des Provinzialausschusses rät zur Annahme des Antrages des Provinzialausschusses. Das Provinzialmuseum hat einmal die Aufgabe zusammenzufassen, das sei gegen die vorgeschlagene Dezentralisation zu sagen. Der Geist der Zusamengehörigkeit wird erstarken, wenn man in dem Museum ein einheitliches Bild schafft, wie es ja schon in der historischen Kommission existiert. Wir stehen ja heute in der Zeit der Dezentralisierung, aber nur um überall die Kräfte für das Ganze zu wecken, die Fähigkeit der Existenz zu schaffen. Das fällt ja aber hier weg. Die kleinen, gewiß vorzüglichen Sammlungen können sich aber kaum auf die Dauer halten; sie sind meist an die Sammeltätigkeit einer einzigen eifrigen Persönlichkeit gebunden und verfallen, wenn dieser Sammler wegfällt. Eine einheitliche Leitung, ein großer Zusammenhang unter großen Gesichtspunkten ist nötig. Der Vorwurf des Hochmutes, den man dem Verfasser der Vorlage gemacht, sei zurückzuweisen. Man sei in der historischen Kommission für jede Belehrung aus der Provinz und den kleinen Sammlungen sehr dankbar. Die Beschränkung des Museums, wie man sie ausgesprochen, sei nicht möglich. Die Kostenfrage habe ja der Landtag vollauf in der Hand und damit jede Oberdirektion über das ganze Museum. Es wird nötig sein, den Direktor fest mit auskömmlichem Gehalt, daneben einen Assistenten und 3—4 Subalternbeamte anzustellen. In Jahrzehnten würde man ja mit keiner so großen Forderung mehr kommen und was in späten, späten Jahren nötig sei, das möge man doch noch unberücksichtigt lassen. Redner bittet, das Provinzialmuseum in seinem Programm auch nicht so eng zu binden. Konkurrenz mit den großen Instituten in Magdeburg und Halle werde nicht eintreten. Aber ein Einbau in Nebenräume des Gebäudes des Halleschen städtischen Museums sei nicht angängig. Der angebotene Platz empfehle sich auch. Redner riet noch Annahme ohne Sorge.

Abg. Lentz-Magdeburg übt Kritik an Lindners Ausführungen, die ihm unerfüllbar scheinen, da sei später kein Einschränken in der einmal angefangenen Entwickelung mehr möglich. Die Museen in Hannover usw. seien auch ganz anders konstituiert. Die Provinzen geben z. B. Zuschüsse, die Unternehmer der Museen aber sind ganz andere Persönlichkeiten. Hier trägt die Provinz allein die Kosten. Wir haben recht beachtliche Museen in der Provinz, die auch von guten Gesichtspunkten aus angelegt sind. Sobald man nun in dem neuen Museum angefangen hat, fügt sich Glied an Glied, man braucht außerordentliche Mittel. Z. B. in Magdeburg erheischen die Museen große Kosten. Andere Provinzen zahlen auch Miete für die Museen, weshalb soll unsere Provinz sich ein eigenes Haus zum Provinzialmuseum bauen? Zum Bau gehört ein bestimmtes, beschränktes System, sonst entstehen die größten Kosten. Gegen das Provinzialmuseum und daß es in Halle untergebracht sein soll, erklärt sich Redner durchaus nicht ablehnend. Bezüglich der Konkurrenz seitens der Museen ist zu sagen, daß die Provinz als die zahlungskräftigere Käuferin notgedrungen die Preise für Erwerbungen hochtreibe. Redner rät auch Ueberweisung an eine Kommission.

Abg. Schneider-Magdeburg wehrt sich humorvoll dagegen, daß man ihm vorwarf, er vertrete schlechthin immer einseitig die Sache Magdeburgs. (Beifall.) Er erhebt keinen Einspruch dagegen, daß das Museum, wenn es durchkommt, nach Halle kommt. Er steht durchaus auf dem Standpunkte des Vorredners. Was wollen wir? muß man sich zuerst fragen. Der Fehler liegt in dem ersten Statut von 1886, das nur ein „Gallert", ein Etwas von allerlei fördernswerten Dingen, aber kein festes Programm ist. Da heißt es, das Museum soll ein Kulturbild der gesamten Provinz bieten. Was kann man sich unter einem solchen Begriff nicht alles vorstellen! Auch der Begriff, es solle die Kunst fördern, sei sehr ungewiß. Die seitherige Entwickelung des Museums habe mit großem Erfolge die prähistorischen Sammlungen gezeitigt, die er gern in ein würdiges Lokal gebracht wissen möchte. Ferner sei die Münzensammlung zu nennen; hier aber sei die Konkurrenz zu fürchten. Auch die Urkundensammlung wolle er gern gut untergebracht wissen. Die anderen historischen Sammlungen aber hätten die von den Vorrednern erwähnten Bedenken gegen sich. Redner gibt dann ein Bild der in der Provinz bereits existierenden Sammlungen; es gibt solche in Bitterfeld, Erfurt (das große Opfer brachte und sehr wertvolle Sammlungen hat und ein eigenes Gebäude errichtete), Halberstadt, Halle (städt. Museum, archäologisches Museum, das dann gewiß verkümmern würde), Magdeburg (Kaiser Friedrich-Museum, daneben zahlreiche sehr bemerkenswerte Sammlungen, für die eine große Summe zugeschossen werde), Mühlhausen, Nordhausen (sehr wertvolles städt. Museum), Stendal, Oebisfelde, Quedlinburg, Wernigerode. Alle diese Museen wollen doch ihre Sammlungen erhalten, haben aber mit einem Provinzialmuseum zusammen unter der Konkurrenz zu leiden. Müssen wir ein zentralisierendes Museum haben? Die meisten sog. Provinzialmuseen sind gar keine, sondern erhalten nur Zuschüsse von den Provinzen, wie Redner an der Hand einer Statistik nachweist. Ein dringendes Bedürfnis zu einem solchen Provinzialmuseum liege ja nicht vor. Erst müsse ein ganz genau begrenztes Programm vorgelegt werden, vorher habe die Errichtung eines Gebäudes keinen Zweck. Den Bauplatz wollen wir nehmen von der Stadt Halle, aber wir sollen auch mit der Stadt Halle in Verhandlungen bezüglich der Vereinigung des städtischen Museums mit dem Provinzialmuseum treten, dann soll Halle einen gehörigen Zuschuß von der Provinz haben, was ja Halle nur angenehm sein kann. Auch die Beamtenfrage sei zu prüfen. Ueberlegen Sie sich die Sache reiflich und prüfen Sie recht in der Kommission, die die nötigen Direktiven an den Provinzialausschuß und die historische Kommission für den nächsten Landtag geben wird.

Abg. Fürst zu Stolberg bricht für die Selbständigkeit und Existenzberechtigung des Provinzialmuseums eine Lanze. Lokalmuseen will er natürlich nicht geschädigt wissen, aber die Gefahr sei ja wohl auch nicht so groß, da wir ja keine großen Mittel zum Ankauf haben. Die jetzigen Räume sind unwürdig. Abg. von der Schulenburg-Beetzendorf würde, wenn er da wäre, warm für die Sache eintreten und zur Unterbringung der Sammlungen im Provinzialständehause eintreten (Gelächter). Fallen lassen dürfe man aber den Plan des Provinzialmuseums nicht. Geh. Rat Linder will sich zu seiner Entgegnung sehr kurz fassen (Bravo). Das bissen Zukunftsmusik, das er angedeutet, habe man zu einem brausenden Orchester gemacht. Er wendet sich gegen die Ausführungen der Vorredner. Er hat nur ausgesprochen: Binden Sie nicht das Museum von vornherein! Abg. Dr. Rieve-Halle hat zum ersten Male die Ehre, dem historischen Museumsstreite der Städte Halle und Magdeburg beizuwohnen. Da sei es inkonsequent, wenn der gegenwärtige Hallesche Oberbürgermeister schweige, wo der frühere Oberbürgermeister von Magdeburg geredet habe. Er schweige gern. Er rede nur als Provinziallandtagsabgeordneter. Läge die Sache, wie sie die Magdeburger Herren darstellen, so brauchten wir gar kein Provinzialmuseum. Es handele sich doch nur um Annahme einer Schenkung. Im Prinzip müsse er die Frage der Schaffung des Provinzialmuseums als beschlossen ansehen, nachdem der vorjährige Landtag 10 000 Mark bewilligt habe. Redner geht dann auf das „honorige" Geschenk Halles ein, das „eine honorige Annahme fordere". Was die beiden Magdeburger Herren fordern, sei gegenüber der Würde der Stadt Halle nicht zulässig. Ein solches Museum will die Stadt Halle nicht haben, das legen Sie meinetwegen nach Magdeburg. (Beifall.) Wenn die Stadt Halle alles bezahlen soll, braucht sie auch den Provinziallandtag nicht. In der Stadt Halle hat es mit einem städtischen Museum noch weite Wege. Wenn Halle noch Kosten mittragen soll, wird sich Halle schön bedanken, andere Städte auch. Eins wäre für uns Sachsen gut: Wir lernten endlich einmal den Lokalpatriotismus zurückstecken zu Gunsten des Provinzialpatriotismus.

Abg. Lentze-Magdeburg knüpft nochmals an das „honorige" Geschenk Halles an.

Es wird die Vorlage einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen.

Die Abänderung der Besoldungsgrundsätze und Gewährung von Teuerungszulagen, die sodann verhandelt wird, gilt nur für das Aerzte- und Anstaltspersonal. Die Vorlage geht an die Haushaltskommission.

Der Antrag betr. die Wegeordnung der Provinz Sachsen, den Abg. Kammerherr Frhr. von Bodenhausen-Lebuse begründet, findet auch seitens des Oberpräsidenten seine Behandlung. Er verspricht namens des Ministers, daß alle geäußerten Wünsche bezüglich der Wegeordnung erfüllt werden sollen. Der Minister ist bereit, einen Gesetzentwurf zur Aenderung der Wegeordnung vorzubereiten und dem Landtagk vorzulegen. Darum würde es sich nicht empfehlen, den vorliegenden Antrag zum Gesetz zu erheben. Er rate Erörterung in einer Kommission.

Abg. Stegemann sieht sich durch ein Vorkommnis in seinem Kreise Halberstadt doch veranlaßt, an dem Antrage festzuhalten. Er hält es für dringend wünschenswert, den Antrag Winkler voll zu unterstützen. Der Antrag geht an eine zu wählende Kommission.

Als Mitglieder zur Mitwirkung bei den Geschäften der Rentenbank in Magdeburg werden gewählt Stadtrat Jänsch in Magdeburg und Gutsbesitzer Greger in Barleben, als Stellvertreter: Kommerzienrat Bänsch in Magdeburg und 1. Bürgermeister Schwentzer in Burg.

Als stellvertretendes Mitglied der Kommission zur Ausübung des Kollaturrechts für die Gräflich von Voß-Buchsche Stipendienstiftung wird Gutsbesitzer Tangetmann in Behlsdorf gewählt.

Der Verwaltungsbericht für die Haushaltsjahre 1905 bis 1906 wird ohne Debatte erledigt.

Schluß der Sitzung 4 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr.

Provinzial-Nachrichten.

— **Oberpeißen**, 17. März. (Schadenfeuer.) In dem Wohnhaus des Arbeiters Karl Köhling brach vorgestern Feuer aus. Das Wohnhaus mit dem Stallgebäude ist niedergebrannt.

() **Weißenfels**, 17. März. (Verlust eines Beins.) Bei der Beförderung von Erde durch Loren glitt der Schuhmacher Karl Voigt auf einer Schiene aus und geriet unter eine Lore, die ihm über ein Bein ging. Die Verletzung war so schwer, daß dem Mann im hiesigen Krankenhause ein Fuß abgenommen werden mußte. Der Verunglückte wurde alsdann nach der Klinik in Halle überführt.

! **Weißenfels**, 17. März. (Verhaftung.) Der wegen Verfehlungen an Schulkindern flüchtige Lehrer Schmidt in Reichardtswerben ist verhaftet worden.

? **Gotha**, 17. März. (Wegen Veruntreuung) eingegangener Gelder wurde auf einem hiesigen Bureau ein Angestellter kürzlich entlassen. Bei Durchsicht der Bücher soll man zunächst Fehlbeträge in Höhe von ca. 500 Mark entdeckt haben.

* **Vom Thüringerwald**, 17. März. (Das starke Schneetreiben) auf dem Thüringerwald, das am letzten Donnerstag eingetreten ist, hat auch am Sonntag angehalten. Da außerdem noch ziemlich niedrige Temperatur herrscht, bleibt der Schnee liegen. Die Schlittenbahn und der Wintersport sind wieder im flotten Gange. Auf dem Kamm des Thüringerwaldes hat die Schneedecke meist eine Höhe von 1½ bis 2 Metern erreicht. Fortgesetzt müssen Schneeschaufler und Schneepflügler tätig sein. Aus vielen Gebirgsteilen wird über Schneebruch berichtet. Die Holzfällarbeiten in den Forsten mußten größtenteils eingestellt werden.

:: **Peine**, 17. März. (Mittels Cyankali vergiftete sich) der in Magdeburg geborene Chemiker Erich Spieseke, Sohn des in Friedrichstal in Pommern wohnhaften Zuckerfabrikdirektors Spieseke. Die Veranlassung zu der unseligen Tat soll Liebeskummer gewesen sein.

)(**Bernburg**, 17. März. (Abgelehntes Fabrikprojekt.) Die geplante Errichtung einer chemischen Fabrik in Baalberge stößt auf Widerspruch. Nachdem sich die Verhandlungen mit der Firma E. Hahndorf zerschlagen haben, hat das betreffende Konsortium, eine Aktiengesellschaft, ein Gesuch an den Gemeindekirchenrat um Ankauf von vier Morgen Kirchenacker gerichtet. Der Gemeindekirchenrat und die Kirchengemeinde-Vertretung haben aber ebenfalls dieses Anerbieten abgelehnt. — Welche Gründe die beiden Körperschaften zu der ablehnenden Haltung veranlaßt haben, ist nicht bekannt. Jedenfalls steht fest, daß man auf dem Lande nicht gern der Industrie Tür und Tore öffnet. Gegen die chemische Industrie hat man besondere Bedenken.

+ **Göttingen**, 16. März. (Wie der Wunderdoktor Ausmeiner seine „Diagnosen" stellt.) zeigt nachstehender Fall, den man der „Voss. Ztg." mitteilt: Ein hiesiger Herr trifft auf der Straße eine ihm bekannte Bauersfrau, die ihr acht Jahre altes, schwächliches Mädchen an der Hand führt. Sind Sie denn, fragt er teilnehmend, mit dem Kinde noch nicht zu einem Arzt gegangen? — Ja doch, ich bin schon bei Dr. X. gewesen. — Was hat denn der gesagt? — Er hat gesagt, ich soll das Kind pflegen, ihm Eier, Milch, Schinken und Mettwurst geben. Ich bin dann bei Dr. Y. gewesen, der hat dasselbe gesagt, und der Dr. Z. auch. Da dachte ich, nun gehst du mal zum Ausmeier nach Kirchgandern. Der frug mich gleich: Haben Sie schon einen Arzt gebraucht? — Ja, sage ich, schon ganze drei. — Und was sagten die? — Die sagten, ich soll das Mädchen ordentlich pflegen, ihm ordentlich Milch, Eier, Schinken und Mettwurst geben. Da sah er sich den Urin an (das Kind hatte ich zu Hause gelassen) und sagte: „Das Kind ist schwächlich". Nun denken Sie sich mal an, er hatte das Kind garnicht gesehen und wußte doch, was ihs mischte! Ist das nicht wunderbar? Nun kriegte ich ein Rezept, das habe ich machen lassen, es kostet fünf Mark und ich denke, nun soll es wieder gut werden. — O heilige Einfalt!

(.) **Leipzig**, 17. März. (Jugendlicher Spitzbube.) Auffällig machte sich ein 14 Jahre alter Schulknabe, der von Halle hier zugereist kam und auf der Eisenbahn die zweite Wagenklasse benutzte. Wie sich herausstellte, war der Bursche seinen in Markranstädt wohnenden Eltern entlaufen und hatte bei Verwandten in Plagwitz einen erheblichen Geld-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080318011/fragment/page=0003

betrag gestohlen. Damit hatte er eine Reise nach Halle angetreten und wurde aufgegriffen, als er zurückkehrte.

Kunst und Wissenschaft.

Kubelik als Kupfermagnat. Der Violinvirtuose Jan Kubelik befindet sich zurzeit in Amerika auf einer Konzerttournee, für die er 80 000 Dollars erhält. Kubelik hat nun vor kurzem die Ungarisch-amerikanische Bank in Newyork verständigt, daß er in Arizona ein Kupferbergwerk erwerben möchte. Das Schreiben Kubeliks wurde, wie dem „Neuen Wiener Abendblatt" aus Budapest gemeldet wird, telegraphisch dem dort weilenden Vizepräsidenten dieser Bank mitgeteilt, der sofort verfügte, daß der Wunsch des Künstlers verwirklicht werde.

Dr. Johannes Fastenrath †. Hofrat Dr. Johannes Fastenrath, der Begründer der Kölner Blumenspiele, ist an einer Lungenentzündung im Alter von 69 Jahren gestorben.

e. **Bühnenchronik.** Hotel Eva, die erfolgreiche Operette von Max Möller, Musik von Otto Schwartz, ist neuerdings weiter vom Neuen Operettentheater in Hamburg und den Bühnen in Prag und Chemnitz angenommen worden. — Das zwischen Hofrat Dr. Kaim und Kapellmeister Schnéevoigt bestehende Vertragsverhältnis wurde in beiderseitigem Einverständnis gelöst. — Hermann Kienzls „Roter Leutnant" errang bei der Erstaufführung in Graz einen starken Erfolg. — Coquelin d. Aelt. unternimmt am 2. April eine längere Gastspielreise durch die europäischen Staaten. — „Belami", der bekannte Roman von Guy de Maupassant, wird gegenwärtig von Pierre Elzéar und Camille Audigier dramatisiert und in der nächsten Spielzeit an einem der Pariser Theater aufgeführt. — Das Breslauer Stadttheater hat einen jungen Münchener, Max Rau, der sich auch der Hofoper in München angeboten hatte, unter glänzenden Bedingungen als Heldentenor engagiert. — Direktor Weingartner erklärte dem Wiener Mitarbeiter der „Voss. Ztg." über seine bekannte Differenz mit der Kgl. Hoftheater-Intendantur in Berlin: „Der ganze Vorgang ist der letzte Akkord einer langen Reihe von Dissonanzen, die mir mein Wirken in Berlin trotz der großen Anhänglichkeit des von mir aufrichtig geschätzten Publikums und trotz aller Erfolge stets verleideten. Ich habe in meinem reichen künstlerischen Wirken nirgends so viel Rücksichtslosigkeit, so viel Kränkungen und Zurücksetzungen erfahren wie in Berlin, und nirgendwo anders ist meine Geduld auf eine so harte Probe gestellt worden. Diejenigen, welche in die Symphonieabende der Opernhauskonzerte kamen, um froh zu genießen, ahnten nicht, in welcher Stimmung der Leiter dieser Konzerte oft am Pult stand". — Die Berliner Gastspielverhandlungen des japanischen Schauspielers Kawakami, des Gatten der Tragödin Saba Yacco, haben zu keinem Ergebnis geführt. — Agnes Sorma, die ihr Gastspiel am Kleinen Theater in Berlin infolge Erkrankung ihres Sohnes abbrechen mußte, hat eine längere Erholungsreise nach dem Süden angetreten. — Im Nationaltheater in Christiania wurde ein neues norwegisches Schauspiel „Der Tag der Rechenschaft" von Nils Kjär unter lebhaftem Beifall aufgeführt.

s. **Kleine Mitteilungen.** Die Akademie der Wissenschaften in Paris erhielt die Mitteilung, daß es dem nordamerikanischen Astronomen Lowel durch Spektraluntersuchung gelungen sei, festzustellen, was bisher nur Hypothese war, nämlich das Vorhandensein von Wasserdämpfen oberhalb des Planeten Mars. — Oberhofbaurat Ihne restauriert die Villa Falconieri. Prof. Bruno Pauls Vorschläge wurden als „nicht historisch" abgelehnt. — Die Allgemeine Deutsche Kunstgenossenschaft veröffentlicht in einem Dresdner Blatte die Aufsehen erregende Erklärung, daß keine Ortsgruppe der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft sich an der diesjährigen großen Kunstausstellung Dresden 1908 beteiligt habe. — Im Künstlerverein zu Weimar ist aus Anlaß des bevorstehenden „Höllenfestes" ein kleiner Konflikt entstanden. Vor dem Eingang zu den Festräumen auf dem Theaterplatze wurde ein Tor errichtet und der bekannte Totemoncinient von Bartholome hat sich eine Umgestaltung in ein Höllentor mit Teufelsgestalten, die eine Schar Verdammter zur Hölle schleppen, gefallen lassen müssen. Dagegen ist jetzt vom Ehrenvorsitzenden des Künstlervereins, Prof. Hans Olde, Protest eingelegt und auf Abstellung der Abgeschmacktheit gedrungen worden. — Der Generalabschluß des 7. Deutschen Sängerbundesfestes ergab, wie aus Breslau berichtet wird, 33960 Mark Defizit, wovon der Deutsche Sängerbund 17 644 Mark übernahm; der Zentralfestausschuß beschloß, die Garantiefondszeichner mit 20 Prozent heranzuziehen. — Von Edmondo de Amicis letztem Werk, „Im Reiche der Liebe", wird demnächst eine autorisierte deutsche Ausgabe im Verlag Josef Singer (Straßburg) erscheinen. Der Band bringt eine Anzahl von Novellen, in deren einer der Dichter sich an dem Problem des Doppel-Ich versucht. — Der Geschichtsmaler Carl Röhling (Grunewald) hat ein großes Gemälde vollendet, das den feierlichen Einzug Kaiser Wilhelm II. an der Spitze des 2. Westfälischen Husaren-Regiments am 2. April 1906 zum Marxurf hat und für das Krefelder Rathaus bestimmt ist. — Die Bewachung des Louvre durch Forterriers ist eine neue Maßregel zur Vermeidung von Bilderschändungen, von der sich die Museumsleitung offenbar viel verspricht. — Der König von England hat bei seinem letzten, kurzen Aufenthalt in Paris nur einen offiziellen Besuch gemacht, und der galt dem größten Bildhauer Frankreichs, Auguste Rodin. Der König von England weilte eine volle Stunde in dem Atelier Rodins in Meudon, erwarb für seine Privatsammlung einige Zeichnungen Rodins und ließ sich von dem Meister die Büste der englischen Gräfin Warrick zeigen, die Rodin kürzlich vollendet hat und die gegenwärtig in der Ausstellung der „Société nouvelle" ausgestellt ist, die soeben in der Galerie Georges Petit eröffnet wird. — Hofrat Dr. Fastenrath, der Begründer der Kölner Blumenspiele, ist gestern abend in Köln gestorben.

Vermischtes.

Am Todesschacht.

Die letzten 3 Leichen der unglücklichen 25 Bergmänner, die in den Tiefen der Hamstead-Bergwerke eines langsamen, grauenvollen Todes starben, ohne daß es den Bemühungen der Kameraden gelungen wäre, den Lebendigbegrabenen Hilfe zu bringen, sind jetzt geborgen. Von dem stummen Schrecken, der über dem freundlichen Städtchen liegt, entwirft H. Hamilton Fyfe, der während des Unglücks zur Stätte der Katastrophe geeilt war, ein packendes Bild.

Die kleinen roten Backsteinhäuser auf dem Hügel stehen fast alle leer. Das ganze Dorf umsteht den Todesschacht. Schweigendes Entsetzen liegt auf allen Mienen. Alles wartet und kann nichts tun als warten. In den Läden des Städtchens dieselben Gesichter. Nichts Neues, das ist der Refrain jeden Satzes. Eine Tragödie ohne Drama. Eine endlose Marter ohne Steigerung, ohne Milderung. Der erste Tag ist wirklich furchtbar. Schmerzensschreie und das hysterische Weinen und Schluchzen der unglücklichen Frauen steigern sich bis zu einem wilden und leidenschaftlichen Ausbruch des Wehs. Aber die Tränenquellen versiegen. Frauen, Mütter, Kinder, sie alle werden ausdruckslos und müde. Das Gewicht ihres Schmerzes macht sie versteinern. Nur wenn versucht wird, sie von dem Todesschacht fortzuführen, kommt Leben in die starre Gestalt. Rings um den Eingang zum Bergwerk stehen die Leidtragenden und mit ihnen hunderte von Leuten. Sie gleichen nicht gewöhnlichen Menschenanhäufungen. Sonst ist eine Masse wie das Meer. Wogen und Wellen bewegen es und gleiten ruhelos darüber hin. Aber diese Menge hier gleicht einem dunklen starren Berge, der regungslos und stumm in einer Einsamkeit ragt. Kein Laut wird hörbar; überall das gleiche dumpfe monotone Schweigen. Und man glaubt, das Rauschen der Todesschwingen zu hören. Alle diese Männer ringsum haben täglich drunten im Schachte ihr Leben aufs Spiel gesetzt, Jahr um Jahr. Nun stehen sie hier oben, gleichgültig gegen den Hunger, gegen den bitteren kalten Wind und gegen den treibenden erbarmungslosen Regen und warten auf eine Kunde über das Schicksal der Genossen dort unten, die nie mehr den Pickel schwingen werden. Der Begriff der Zeit ist ihnen abhanden gekommen, ja selbst das Gefühl. Sie wissen nur, daß sie hier stehen müssen und warten, bis die grauenvolle Suche vorüber ist. Stunde um Stunde schleicht bleiern dahin. Nichts unterbricht die Eintönigkeit. Nichts kann getan werden. Wenn eine neue Rettungstruppe das Amtsgebäude verläßt, gibt es ein mattes mechanisches Händeklatschen.

Wenn sie dann wiederkehren aus dem Schachte, schmutzig und ergebnislos, empfängt sie das gleiche tote Schweigen.

Auf der Spur des Münchener Erpressers. Der Erpresser, der den Kommerzienrat Ludowici und seine Familienangehörigen neuerdings mit Attentaten bedroht hat, ist am Dienstag vormittag von dem zwölfjährigen Sohn eines Majors gesehen und verfolgt worden. Er hat den Knaben acht Tage nach dem Attentat auf die Ludowicis an sich gelockt, über die häuslichen Verhältnisse seines Vaters ausgefragt und schließlich unter Drohungen durch einen Dolchstoß am Arm verwundet. Als der Knabe am Dienstag früh den Mann wiedersah, schlich er ihm nach, um auf der Polizeidirektion einen Kriminalschutzmann zu holen. Es ist aber dem Erpresser wieder gelungen, sich aus dem Staube zu machen. Außer dem Generalarzt Wagner hat auch ein Gutsbesitzer neuerdings einen Drohbrief erhalten, sofort 500 Mk. zu erlegen, wenn er seines Lebens sicher sein wolle. Verschiedene Umstände lassen darauf schließen, daß der noch unermittelte Erpresser ein früherer Artillerist oder Feuerwerker sein muß.

Vor den Augen des Vaters getötet wurde am Dienstag der vierjährige Sohn Willi des Glasermeisters Kaubold in Berlin. An der Ecke der Neuen Friedrich- und Königstraße hatte sich das Kind beim Ueberschreiten des Dammes von der Hand des Vaters losgerissen und rannte direkt in einen vorüberfahrenden Omnibus hinein. Die Pferde rissen den Kleinen zu Boden, über den, trotzdem der Kutscher mit aller Gewalt bremste, das rechte Vorderrad hinwegrollte und den Schädel zermalmte.

Weil er sein Examen nicht bestanden hatte, stürzte sich in Bingerbrück der Sohn eines Eisenbahnbeamten in der elterlichen Wohnung aus dem 3. Stockwerk in den Hof. Er trug sehr erhebliche Verletzungen davon.

Gegen die Schiffsunfälle bei Hoek van Holland. Mit Rücksicht auf die vielen Schiffsunfälle, die sich in Hoek van Holland in den letzten Jahren ereignet haben, ist eine königliche Verordnung erschienen, die folgendes festsetzt: Die Passagierschiffe werden einer regelmäßigen Kontrolle unterzogen. An Bord müssen immer so viele Rettungsbojen sein, als Reisende vorhanden sind. Diese Bojen müssen an einem Ort untergebracht sein, der allen Passagieren bekannt ist. Je nach der Art des Schiffes muß jedes Fahrzeug mit zwei Schaluppen versehen sein; jede muß mit einem vollständigen Segelwerk, einem Kompaß, einem Quantum Oel, das zur Beruhigung der Wogen dient, einer Tonne Süßwasser, Brot, einem Enterhaken und einer Seekarte ausgerüstet sein. Ferner muß ein Verzeichnis über die Besatzung Auskunft geben, die für jede Schaluppe im Notfall bestimmt ist.

Bodensenkungen beim Ausbau der Pariser Untergrundbahn. Die den Untergrund der Place de la Concorde bildenden, überaus durchlässigen Sandschichten haben infolge der durch den Arbeiterstreik bei den Untergrundbahnbauten unterbrochenen Maßnahmen zur Stützung des Erdreiches eine solche Senkung erlitten, daß in das Palais des Marineministeriums Wasser eindringt und die nächste Umgebung des im Zentrum des Konkordienplatzes stehenden Obelisken bedenkliche Vertiefung zeigt. Anstatt der dreihundert Arbeiter, die sofort erforderlich wären, um die dringendste Gefahr abzuwenden, sind nur vierzig eingestellt, und diese, dem Personal des Munizipaldienstes entnommen, zeigen sich wenig willfährig. Die geschulten Untergrundarbeiter, deren Konflikt mit den Unternehmern durch Vermittlung des Ministers Viviani beigelegt werden soll, verweigern die Wiederaufnahme der Arbeit vor Erlangung sicherer Bürgschaften, daß sie auch für die ganze Dauer des Streiks entschädigt würden. Das Pariser Publikum, das sich bisher diesen Zuständen gegenüber sehr geduldig verhielt, beginnt jetzt dagegen zu demonstrieren. Die Geschäftsleute in der unweit des Seine-Ufers gelegenen Rue Lamotte-Piquet zerstörten das vor ihren Läden lagernde Baumaterial der Untergrundgesellschaft und erklärten, keine Erwerbsteuer zahlen zu wollen. Ministerpräsident Clemenceau und der Seine-Präfekt Selves suchen auf die Unternehmer der Untergrundbahn einzuwirken, um sie zu Zugeständnissen zu veranlassen.

Ein interessanter Fall von Somnambulismus. Der Assistenzarzt des Birminghamer Hospitals Dr. James Russell berichtet über eine 21jährige junge Dame, Typistin, Lehrerin und Musikschülerin, die wegen Nachtwandelns ins Hospital geschickt wurde. Ihr Vater erschoß sich in ihrer Kindheit vor ihren Augen, was einen unvergeßlichen Eindruck auf sie machte. Beim Nachtwandeln spricht sie von dem Vorfall. Sie steigt gewöhnlich nachts um ½2 Uhr aus dem Bett, schreibt in voller Dunkelheit Briefe, macht Handarbeiten, liest Bücher und schreibt intelligente Abhandlungen über Harmonie, alles bei vollkommener Dunkelheit, ohne irgend welche Kenntnis von ihren Handlungen zu haben. Als man sie dieselben Sachen wachend ebenfalls bei Dunkelheit schreiben ließ, mißlang ihr dies vollkommen. Die Untersuchung ihrer Augen ergab keinerlei Anhalt für ihre Fähigkeit, während des Nachtwandelns im Dunkeln zu schreiben und zu arbeiten.

Wenn man den Strafrichter zum Freunde hat. Eine eigenartige Gerichtsverhandlung spielte sich, dem „B. T." zufolge, dieser Tage in Newyork ab. Der junge Vanderbilt hatte eine Spazierfahrt im Automobil unternommen und war von einem Polizisten wegen allzu großer Geschwindigkeit notiert worden. Infolgedessen mußte sich der Milliardärsprößling vor dem Polizeirichter verantworten. Zu Gericht saß an jenem Tage gerade der Richter Frederick Kernochan, ein guter Freund des Angeklagten und häufiger Gast im House Vanderbilt. Nachdem der junge Vanderbilt ihn erblickt hatte, begrüßte er ihn sehr jovial: „Ah, guten Tag, Freddie." „Guten Tag, Willie!" kam es zurück. „Was hast du denn verbrochen, Willie?" examinierte der freundliche Richter. „Ach, nichts der Rede wert, Freddie! Der Policeman hier behauptet, daß ich zu schnell gefahren bin. Aber an der Beschuldigung ist kein wahres Wort." „Ich glaube dir, Willie! Der Mann hat unrecht!" Dann nahm der Richter eine Amtsmiene an und erklärte feierlich: „Herr Vanderbilt ist freigesprochen und entlassen!" „Auf Wiedersehen, Freddie!" Damit verließ Vanderbilt den Gerichtssaal. Der Policeman aber zeigte mehr demokratisches Rückgrat. Er beruhigte sich bei diesem Bescheide nicht, sondern appellierte an die höhere Instanz.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Begnadigung Stössels zu Festungshaft.

Petersburg, 17. März. Der Kaiser hat die ihm vom Kriegsminister unterbreitete Petition des Kriegsgerichts unterzeichnet und die über General Stössel wegen Uebergabe Port Arthurs verhängte Todesstrafe in eine 10jährige Festungshaft mit Ausschluß von Dienst- und Rangverlust abgeändert.

Admiral Evans Rücktritt.

Washington, 17. März. Admiral Evans wird auf sein persönliches Ansuchen bei der Ankunft in San Francisco aus Gesundheitsrücksichten von dem Kommando über die amerikanische Flotte enthoben werden.

Washington, 17. März. Der Marinesekretär macht bekannt, daß als Nachfolger des Admirals Evans Kontreadmiral Sperry die amerikanische Schlachtflotte zurückführen werde.

Zu den Ereignissen in Haiti.

Washington, 17. März. Die Lage in Haiti ist nach den offiziellen Angaben des Staatsdepartements entschieden ernster als je seit der Revolution. Die haitische Regierung weigert sich jetzt, den Flüchtigen in den fremden Gesandtschaften zu gestatten, das Land zu verlassen. Der amerikanische Kreuzer „Des Moines" und das Kanonenboot „Eagle" wurden sofort nach Port au Prince entsandt mit der Weisung, die amerikanischen Interessen zu schützen.

Port au Prince, 17. März. Der englische Kreuzer „Indefatigable" ist gestern, der deutsche Kreuzer „Bremen" heute früh hier angekommen. Man glaubt, daß für das Leben der Ausländer keine Gefahr besteht. Heute herrschte Ruhe. Der „Indefatigable" kündigte seine Ankunft durch drei Kanonenschüsse an, was eine kleine Panik hervorrief, bis die Ursache der Schüsse bekannt war.

Aus Marokko.

Tanger, 17. März. Die bei Tanger lagernden Ben-Nudda haben sich in diese Stadt begeben. Sie werden mit den übrigen unter dem Befehl Abd-el-Maleks stehenden Truppen und der Garnison von El Ksar nach Fez aufbrechen.

Tanger, 17. März. Aus Fez wird vom 16. März gemeldet: Die Bemühungen El Kittanis, in Mekines eine Mahalla zu bilden, sind aus Mangel an Geld gescheitert. Er wandte sich an El Mrani mit der Bitte, ihm die Mittel vorzustrecken. Dieser hat nun den reichen Häusern eine Steuer von 4 Duros, den armen eine solche von 2 Duros auferlegt. Falls sie die Steuer nicht zahlen, müssen sie einen Mann für die Djiba (Heiliger Krieg) stellen. Die meisten Bewohner von Fez weigern sich, diese Steuer zu entrichten.

Dampfer-Unglück.

Valenzia, 17. März. Der Dampfer „Villa Real" ist infolge Sturmes gescheitert. Neun Matrosen sind ertrunken.

Berlin, 17. März. Die Kaiserin hütet infolge einer Erkältung das Zimmer. Sie sagte deshalb ihre Teilnahme an dem heute auf der österreichisch-ungarischen Botschaft stattfindenden Diner ab.

Berlin, 17. März. Vizeadmiral Zeye wurde zum Befehlshaber der Schul- und Versuchsschiffe ernannt.

Dresden, 17. März. Die Wahlrechtsdeputation der zweiten Kammer beschloß in ihrer heutigen Sitzung Oeffentlichkeit der Verhandlungen. Es wird auch ein offizieller Bericht zur Ausgabe gelangen.

Karlsruhe, 17. März. In der Zweiten Kammer erklärte in Beantwortung einer sozialdemokratischen Interpellation, betreffend den Gesetzentwurf über die Arbeitskammern, der Minister des Innern, die Regierung habe sich zunächst auf Erhebungen beschränkt. Er persönlich halte es für einen großen Fortschritt, daß die Regierung sich entschlossen habe, der Frage näher zu treten. Die Wahlen müßten allgemeine, gleiche und direkte sein unter Anwendung des Proportionalsystems. Auch seien die beiden Geschlechter zuzulassen. Einen Teil der Kosten dürfte der Staat zu übernehmen haben.

Wien, 17. März. Bei Verhandlung des Voranschlages des Ministeriums des Aeußern in der Budgetkommission kündigte der Minister ein Gesetz zum Schutz der Auswanderer an und gab Aufklärung über die in Preußen für österreichische Arbeiter eingeführten Legitimationskarten. Gegen diese Einrichtung wurde von der Regierung bei der deutschen Reichsregierung Protest erhoben, weil sie der Freiheit des österreichischen Arbeiters, Arbeit zu suchen und Arbeit zu nehmen, entgegenstehen. Die preußische Regierung habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Einführung der Legitimationskarten eine fremdenpolizeiliche Maßregel sei und daß völkerrechtliche Rücksichten oder vertragsmäßige Rechte hierdurch nicht verletzt würden. Die preußische Regierung habe jedoch gleichzeitig die Versicherung gegeben, daß die Landräte angewiesen worden seien, den Arbeitern in jeder Beziehung entgegen zu kommen, so daß bei der Handhabung der Verordnung betr. den Legitimationszwang die österreichischen Arbeiter eine unbillige Beschränkung nicht erführen.

Triest, 17. März. Ein wellenförmiges Erdbeben im Suganer-Tale und im Sarca-Tale veranlaßte im Hochgebirge zahlreiche Lawinen.

Toledo, 17. März. Der König ist heute abend mit Gefolge von Madrid im Automobil hier eingetroffen. Das Automobil mit dem Generalstabschef und dem Flügeladjutanten stürzte bei der Einfahrt um. Vier Insassen erlitten leichte Verletzungen.

Leitung: Otto Sonne
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann, für das Feuilleton: Otto Sonne; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Fritz Ranz; für den Inseratenteil: Max Knesebeck. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
(einschließlich „Unterhaltungsblatt").

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080318011/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Reichsbank.

Wir konnten bereits mitteilen, dass der Status der Reichsbank eine Besserung erfahren hat. Nach dem jetzt vorliegenden Ausweis für die zweite Märzwoche konnte sich die steuerfreie Notenreserve von 117 Millionen in der Vorwoche auf 166,5 Millionen, mithin um rund 49 Millionen bessern, während sie in der korrespondierenden Zeit des Vorjahres sich nur um 39 Millionen stärkte, nämlich von 127,7 auf 166,8 Millionen. Allerdings haben die Wechseleinrichtungen infolge der noch immer bestehenden lebhaften Geldnachfrage, hauptsächlich in der Provinz, sich um 27,5 Millionen vermehrt, doch umfasste dieser Zugang im Vorjahre sogar 34 Millionen. Günstiger entwickelte sich auch das Lombardkonto, das diesmal um 17,2 Mill. zurückging, während es im Vorjahre um 13,2 Millionen zunahm. Auch der Schatzscheinbestand verringerte sich um 14 Millionen, doch dürfte sich zum Monatsende auf diesem Konto infolge des Fälligwerdens und der Wiedererneuerung dieser Effekten wieder eine nennenswerte Zunahme ergeben. Die Giroeinzahlungen und Staatsguthaben nahmen diesmal um 46,7 Millionen zu, waren aber im Vorjahre um rund 66 Millionen angewachsen. Der Notenumlauf verminderte sich um 25,6 Millionen Mk. gegen nur 9,3 Millionen i. V. — Das Direktorium der Reichsbank hat sich zu einer schon früher angeregten Massregel entschlossen, die der so wünschenswerten Stärkung des Geldbestandes Vorschub leisten wird. Die Verlängerung des Termins für zinsfreie Vorschüsse auf Goldimporte wird allerseits freudig begrüsst werden. — Auf heute vormittag wird eine Sitzung des Zentralausschusses einberufen. In ihr wird aber die Frage einer Diskontveränderung nicht zur Beratung stehen; vielmehr handelt es sich um die Vornahme der um diese Zeit üblichen Wieder- bezw. Neuwahlen der Bezirksausschüsse.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 201,50, Diskonto 175,75, Deutsche Bank 238,00, Berliner Handelsgesellschaft 158,00, Kanada 145,50, Baltimore 81,80, Paketfahrt 109,87, Nordd. Lloyd 96,87, Russische Anl. von 1902 89,30, Laurahütte 208,75, Bochumer Guss 197,10, Harpener 193,50, Gelsenkirchen 182,50, Phönix 173,87, Dresdner Bank 137,50, Schaaffhausen 133,50, Lombarden 25,50. — Tendenz: Ruhig.

Auf dem Kassamarkte notierten höher: Brauerei Pfefferberg 4, Ver. Glanzstoff 4, Dürkopp 1,50, Admiralsgartenbadaktien 4,75, do. Vorzugs-Aktien 3,50, Berl. Mörtelwerke 2, Rathenower opt. Ind. 2,75, Varziner Papierfabrik 1,25. — Dagegen notierten niedriger: 3proz. Reichsanleihe 0,05, 3proz. Konsols 0,05, Schultheissbrauerei 1,25, Luckau & Steffen 4, Omnibus-Ges. 3,50, Pinkenberg Zement 4, Hemmoor 1,25, Adler Fahrrad 2,25, Herbrand Waggon 1,75, Kronprinz Metall 1,50, Ver. Kammerichsche Werke 2, Vorländische Masch. 2, Albert chem. Fab. 2, Hotelbetriebs-Ges. 1,30, Schweig Glashütte 3,50, Neue Photograph. Ges. 2,50, Nordd. Steincut 10, Planiawerke 2,50, Kahla Porz. 3, Königszelt Porz. 1,25, Troitzsch Kunstdruck 3, Akkumulatoren-Fab. 2,25, Harburg-Wien Gummi 1,25, Berzelius 1,25, Bismarckhütte 1,40, Concordia Bergbau 1,25, Hedwigshütte 1,50, Kölner Bergwerk 1,50, Lauchhammer 1,25, Mannstädt, Fasson 1,30, Milowebeer 2,25, Mülheimer Bergwerk 2,75, Westfäl. Draht-Ind. 1,25, Lancendreer 4.

Londoner Börse vom 17. März. Es notierten: Engl. Konsols 86,87, Rio Tinto 62,00, Chartered 0,62, Geduld 1,12, Rand Mines 4,87, Steel com. 33,75, Steel prefs. 99,75, Anaconda 7,50.

Eine Protestversammlung der Bankbeamten gegen die Beschlüsse der Börsengesetzkommission will, wie verlautet, der „Verein der Bankbeamten" zu Berlin einberufen.

Sächsische Bank für Bergbau und Industrie, Akt.-Ges. in Leipzig. Zu den angeblichen Unregelmässigkeiten bei diesem Unternehmen macht deren Rechtsbeistand Justizrat Zieger in Leipzig folgende Angaben: Innerhalb des Aufsichtsrats der Sächsischen Bank für Bergbau und Industrie beständen zwei Strömungen, von denen die eine, und zwar die Minorität, annahm, dass bei der Gründung der Bank Unregelmässigkeiten vorgekommen seien. Daraufhin ist von dem inzwischen verstorbenen Kommerzienrat Pöhler-Arnstadt die Staatsanwaltschaft um Prüfung des Gründungsherganges angegangen worden. Diese hat dem Ersuchen entsprochen, jedoch haben die angestellten Erörterungen ergeben, dass bei der Gründung keinerlei Verfehlungen nachweisbar sind. Das Gründungsprotokoll ist übrigens von Justizrat Zieger selbst geführt worden, und diesem habe die Staatsanwaltschaft ausdrücklich den Gründungshergang als korrekt bestätigt. Allerdings sollen noch weitere Erörterungen schweben wegen des angeblich nicht ganz einwandfreien Geschäftsgebahrens. Ob und wie weit sich hierfür Anhaltspunkte ergeben haben, darüber verweigert die Staatsanwaltschaft jede Auskunft.

Kalisyndikat. Die Gesellschafterversammlung wird, wie wir hören, zur Aufnahme des Werks Krügershall auf den 31. d. Mts. einberufen. Im übrigen enthält die Tagesordnung ausser der Besprechung des Syndikats-Erneuerungs-Materials nur Ordinaria.

Greppiner Werke. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluss für 1907 und setzte die Dividende auf 10 Proz. fest. Direktor Dorn bemerkte auf Befragen, dass es im Gegensatz zum Vorjahre den Anschein habe, als ob die Geschäftslage abflauen wolle. Er glaube jedoch, dass die Gesellschaft sich mit den veränderten Verhältnissen abfinden werde. Befürchtungen, dass der Rückgang des Resultats allzu beträchtlich sein werde, seien wohl nicht zu hegen.

Grube Leopold bei Edderitz, Aktiengesellschaft, Edderitz bei Köthen. Der Geschäftsbericht erwähnt unter anderem den im Jahre 1907 erfolgten Ankauf mehrerer bei Radegast gelegener Mutefelder mit einer Gesamtfläche von 15 008 000 qm. Die Förderung betrug auf Grube Leopold 3 958 620 (4 141 890) hl, auf Franzkohlenwerk 2 411 965 (1 802 398) hl, zusammen 6 370 585 hl oder 426 297 hl mehr. Die Brikettfabrikation stellte sich auf Grube Leopold auf 1 883 760 (1 826 520) Ztr., auf Franzkohlenwerk auf 767 930 (437 152) Ztr., zusammen 2 651 690 Ztr., mithin 388 018 Ztr. mehr. Nasspresssteine wurden auf dem Franzkohlenwerke 2 174 868 (690 470) Stück hergestellt. An Beständen verblieben an Rohkohle 22 894 (13 031) hl, an Briketts 53 074 (2039) Ztr. und an Nasspresssteinen 365 933 (0) Stück. Die Einnahmen auf Kohlenkonto betrugen 1 069 007 (1 021 102) Mk., auf Brikettkonto 1 372 174 (1 092 898) Mk. Nach Deckung der Betriebsausgaben Steuern, Zinsen, Gefälle und Handlungsunkosten, sowie nach 302 880 (230 185) Mk. Abschreibungen verbleibt einschliesslich der Nebeneinnahmen an Zinsen und Pächten und zuzüglich des Vortrags aus dem Vorjahre ein Reingewinn von 223 506 (279 900) Mk. zu folgender Verwendung: Reservefonds 16 040 (13 868) Mk., Spezialreserve 40 000 (35 000) Mk., Tantieme an den Vorstand und Gratifikation an die Beamten 12 300 (10 500) Mk., 8 (7) Proz. Dividende, Tantieme an den Aufsichtsrat 10 597 (7840) Mk. und Vortrag auf neue Rechnung 4567 (2691) Mk. Bei 3 Millionen Mark Aktienkapital und 2,2 Mill. Mark (wie i. V.) Anleiheschuld betragen die Kreditoren 176 311 (154 713) Mk. Das Amortisationskonto erhöhte sich von 762 631 Mark auf 868 136 Mk. Die Materialienvorräte sind mit 38 163 (34 811) Mk. bewertet, die Bestände an Kohlen und Briketts mit 21 552 (2866) Mk. An Effekten werden ausgewiesen 772 756 (679 733) Mk., an Bankguthaben 509 975 (429 646) Mk., an Ausständen, Debitoren in laufender Rechnung 201 658 (216 616) Mk., an Hypothekendebitoren 4200 Mk. (wie i. V.), an Kassa 13 336 (16 250) Mk., an Wechseln 5153 (2525) Mk. Zu der Bilanz bemerkt der Bericht, dass der jetzige Stand der wichtigsten Aktivkonten als niedrig bezeichnet werden könne, da der mit Wert der betreffenden Objekte sich nach den bei der Erneuerung der Feuerversicherung aufgestellten Sachverständigen wesentlich höher stelle. Für das laufende Geschäftsjahr sei annähernd die Produktion beider Werke zu lohnenden Preisen verschlossen, so dass auch die Aussichten für den Abschluss pro 1908 als günstig bezeichnet werden dürften.

Hibernia, Bergwerksgesellschaft, Herne i. W. Nach dem Geschäftsbericht erzielte die Gesellschaft in 1907 einen Bruttogewinn von 14,62 (14,15) Millionen Mark. Nach 4 752 165 (4 501 625) Mk. Abschreibungen verbleibt einschliesslich des Vortrags von 118 130 (63 969) Mk. ein Reingewinn von 9 167 538 (8 882 134) Mk. Hieraus sollen, wie bereits mitgeteilt, 14 Proz. (wie i. V.) Dividende verteilt, 100 000 (200 000) Mk. für wohltätige Zwecke zurückgestellt und 143 585 (118 130) Mk. neu vorgetragen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diesmal das Aktienkapital von 60 Millionen Mark voll an der Dividende partizipiert.

Der Aufsichtsrat der Eisenhütte Silesia, Aktiengesellschaft, beschloss, die Verteilung einer Dividende von 11 Proz. vorzuschlagen. Die Gesellschaft ist noch ausreichend beschäftigt; der Eingang neuer Aufträge ist schwach.

Die Firma Aron Hirsch u. Sohn in Halberstadt veröffentlichte in gewohnter Weise ihr alljährlichen „Statistischen Zusammenstellungen über Kupfer". Es werden darin die Produktions-, Einfuhr- und Ausfuhrziffern aller in Betracht kommenden Länder behandelt, in besonderer Ausführlichkeit die betreffenden Daten für Deutschland und für die Vereinigten Staaten von Amerika. Ausserdem wird die Weltproduktion von Kupfer und die Beteiligung der einzelnen Länder daran in übersichtlichen und sehr instruktiven Tabellen dargestellt; ähnliche Tabellen illustrieren den Weltverbrauch und die Preisentwicklung im verflossenen Jahre.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Berlin-Karlsruhe. Dem Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1907 entnehmen wir folgendes: Die Waffenfabrik Martinikenfelde hatte in der Gewehrabteilung wiederum vorzugsweise für den Reichs-Militärfiskus und die Kaiserliche Marine zu tun; eine ähnliche Beschäftigung darf auch für das laufende Jahr erwartet werden. Der noch aus dem Jahre 1903 herrührende Gewehrauftrag einer ausserdeutschen Regierung fand seine vollständige Erledigung. Die Fabrikationseinrichtungen für die Herstellung der automatischen Repetier-Pistole, System Parabellum, sind erweitert worden, und der Absatz dieser Pistole hat sich gehoben. Auch die Abteilung für die Herstellung von Maxim-Maschinengewehren ist ausgedehnt worden, weil die Nachfrage nach diesen Waffen sich gesteigert hat. Die Granatenabteilung war nur schwach beschäftigt. Die Munitions- und Maschinenfabrik Karlsruhe war in der Geschützhülsenabteilung gut beschäftigt, während in der Abteilung für Infanteriemunition die Aufträge zu wünschen übrig liessen. Von dem Gesamtumsatz des Betriebsjahres 1907 entfallen 43¾ Proz. auf die Lieferungen nach dem Auslande. Für Abschreibungen und Minderbewertungen auf die Anlagewerte unserer verschiedenen Fabriken in Martinikenfelde, Wittenau und Karlsruhe schlagen wir die Summe von 1 546 871 Mk. vor. Die Dividende beträgt 20 Proz. Die Summe der unerledigten Aufträge am Schlusse des Geschäftsjahres betrug rund 16,3 Mill., die der seitdem hinzugekommenen Bestellungen 1 750 000 Mk. Wir dürfen auch für das Jahr 1908 ein gutes Erträgnis erwarten.

Vereinigte Chemische Fabriken zu Leopoldshall A.-G. Das Mitglied des Vorstandes, Herr Dr. Schneider, wird am 30. Juni 1908 ausscheiden und an seine Stelle tritt Herr Dr. Wilh. Feit, zurzeit Fabrikdirektor der königlichen Berginspektion Vienenburg, früher auf der Hercynia.

Portland-Zementfabrik Hemmoor. Der Aufsichtsrat beschloss, für 1907 eine Dividende von 10 Proz. (wie im Vorjahre) vorzuschlagen.

Die Trotha-Sennewitzer Aktien-Ziegeleien-Gesellschaft verteilt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 18 Proz. gegen 22 Proz. im Vorjahr.

Konvention der Zuckerraffinerien. Am 26. März findet in Berlin eine neue Versammlung von Vertretern der Zuckerraffinerien statt, um eine Verständigung über die Raffinadepreise zu erzielen. Die am letzten Sonnabend stattgehabten Verhandlungen sind über die Vorbesprechungen nicht hinausgekommen.

Symphoniontabrik, Aktiengesellschaft, Leipzig-Gohlis. Der Aufsichtsrat beschloss, der auf den 18. April einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 (6) Proz. vorzuschlagen.

Norddeutscher Lloyd. Wie aus Bremen berichtet wird, soll in der heute stattfindenden Aufsichtsratssitzung des Norddeutschen Lloyd angeblich beschlossen werden, eine Dividende von nur 4½ Proz. zu verteilen (gegen 8½ Proz. i. V.) und den Erneuerungsfonds, dem im Vorjahre ca. 2½ Millionen Mark zugewiesen wurden, nicht zu dotieren.

Missstände im Getreidehandel mit Argentinien. In Londoner Laplata-Kontrakten ist den Abladern ein Mehr oder Weniger von 5 Proz. des vereinbarten Quantums zu verschiffen gestattet. Das hat zu dem Missbrauch geführt, dass im Vorjahre, als die Preise beträchtlich gegenüber den Abschlusspreisen gestiegen waren, allermeist 5 Proz. weniger als ausbedungen geliefert wurden, und dass in diesem Jahre, in dem die Preise erheblich gefallen sind, fast regelmässig 5 Proz. mehr geliefert werden. Zieht man in Betracht, dass der Weltmarktspreis gegen seinen höchsten Stand um ca. 40 Mk. pro Tonne zurückgegangen ist, so kann man sich einen Begriff von den enormen Verlusten machen, die den diesseitigen Käufern jene illoyale Ausnutzung der Kontrakt-Klausel verursacht. Der Verein Berliner Getreide- und Produktenhändler hat nunmehr folgendes Schreiben an die argentinischen Exportfirmen, bezw. an die europäischen Vertretungen gesandt: „Eine ganze Anzahl hiesiger Importeure führt Klage bei uns darüber, dass die im Londoner Kontrakt enthaltene Bedingung, laut welcher der Ablader 5 Proz. mehr oder weniger verladen darf, in missbräuchlicher Weise ausgenutzt wird. Wir protestieren gegen das von einer Anzahl von Exportfirmen geübte Verfahren. Es ist selbstverständlich, dass diese Klausel in Zukunft nicht bestehen bleiben kann, aber wir erwarten von jedem respektablen Exporteur, dass er auch seine laufenden Verträge in loyaler Weise erfüllen wird." Zu gleicher Zeit haben die süddeutschen Mühlen an die argentinischen Ablader das Ersuchen gerichtet, die betreffende Klausel mit Gültigkeit von 15. April ab durch folgende Worte zu ersetzen: „Der Verkäufer hat das Recht, 5 Proz. mehr oder weniger abzuladen, jedoch soll das sich innerhalb dieser Grenzen bewegende Plus oder Minus zu dem Preise berechnet werden, welcher am Tage der Ankunft des Dampfers am Bestimmungsort besteht."

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 17 März. Am Frühmarkt notierten Weizen inl. 205 207,00, Roggen inl. 192 194,00. Hafer, märkischer mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer fein 171—184, mittel 161—170, gering 158—160, russischer mittel u. gering —,—. Mais, runder 157,00—160,00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 159—170, russische und Donau leichte 146 bis 152. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 172—186, kleine —,—. Weizenmehl 00 26,50—29,00. Roggenmehl 0 und 1 25,30—27,60 Weizenkleie 12,50—13,25. Roggenkleie 12,50—13,00. (Alles frei Bahn.)

Magdeburg, 17. März. Für 1000 kg netto ab Station Weizen schwach, englischer gut 198—202, mittel — —, Sommer gut 198—202, mittel — — —, Kolben Sommer gut 212—215, mittel —,—, Rauh gut —,—, mittel —,—, ausländischer gut 218—228, mittel —,—.

Roggen schwach, inländischer gut 192—196, mittel —,—, ausländischer gut —,—, mittel —,—.

Gerste ruhig, hies. Cheval. gut 180—188, mittel —,—, Land gut 170—178, mittel —,—, ausl. Futter gut 143—147, mittel —,—.

Hafer ruhig, inländischer gut 156—162, mittel 145—155, ausländischer gut —,—, mittel —,—, Wand gut —,—, mittel —,—.

Mais unv., runder gut 156—162, mittel —,— — — bunter amerikanischer gut —,—, mittel —,—

Erbsen, hiesige Viktoria gut 224, mittel —,—, grüne Folger gut —,—, mittel —,—

Hamburg, 17. März. Weizen ruhig, Mecklenburger und Ost-Holsteiner 202—210 Roggen ruhig, Mecklenburger und Altmärker 180—188, russ. cif. 9 Pud. 10/15 18,00. Gerste ruhig, südruss. cif. 126,00. Hafer ruhig, Holsteiner und Mecklenburger 162—168. Mais ruhig, America mixed cif. 116,00. La Plata cif. 108,00.

Pest, 17. März. Weizen willig per April 11,66 Gd., 11,67 Br., per Oktober 9,79 Gd., 9,80 Br. Roggen per April 10,61 Gd., 10,62 Br., per Oktober 8,62 Gd., 8,63 Br. Hafer per April 7,79 Gd., 7,77 Br., per Oktober —,— Gd., —,— Br. Mais per Mai 6,65 Gd., 6,66 Br. Raps per August 16,55 Gd. 16,45 Br.

Zucker.

Hamburg, 17. März. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88%, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per März	21,55	21,60	21,75 Mk.
„ April	21,55	21,65	21,75 „
„ Mai	21,75	21,80	21,95 „
„ August	22,10	22,10	22,25 „
„ Oktober	20,45	20,45	20,60 „
„ Dezember	20,15	20,10	20,25 „
	fest	stetig	fest

Kaffee.

Hamburg 17. März. Good average Santos

	vorm	nachm.	abends
per März	32½ Gd.	32½ Gd.	32½ Gd.
„ Mai	32¾ Gd.	32¾ Gd.	32¾ Gd.
„ September	33¼ Gd.	33¼ Gd.	33¼ Gd.
„ Dezember	33¼ Gd.	33¼ Gd.	33¼ Gd.
	ruhig	ruhig	ruhig

Bremen, 17. März. Kaffee ruhig.

Havre, 17. März. Kaffee good average Santos per März 42¾, per Mai 43, per Sept 42½, per Dez. 42½. Ruhig.

Spiritus.

Nordhausen, 17. März. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 I) 66,50—67,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 I) 74,25—75,25 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Hamburg, 17. März. Spiritus fest, per März 32½ Gd., per März-April 32½ Gd., per April-Mai 32½ Gd.

Petroleum.

Hamburg, 17. März. Petroleum fest Standard white loko 7,55.

Fettwaren und Oele.

Bremen, 17. März. Schmalz höher, Loko, Tubs und Firkin 41½, Doppeleimer 42½.

Hamburg, 17 März. Rüböl ruhig, verzollt 74,00.

Köln, 17. März. Rüböl loko 76,50, per Mai 75,50.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 17. März Kartoffelmehl und -Stärke 24,75—25,75. Feuchte Stärke 14,50

Magdeburg, 17. März. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,50—25,75.

Wolle.

Bremen, 17. März. Baumwolle matt. Upl. loko middl 57¼ Pfg.

Metalle.

London, 17. März. Chili-Kupfer träge 58¾, 3 Monat 59¾. Zinn Straits stetig 139, 3 Monat 136½. Blei span., ruhig 13¾, englisch 14½. Zink, gewöhnliche Marke, stetig, 21¾, spez. Marke 22½.

Glasgow, 17. März. (Mittag.) Roheisen stetig, Middlesbrough warrants 51 11½.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	17. 2.	16. 2.	Chicago.	17. 2.	16. 2.
Weizen p. Mai	103⅛	103½	Weizen p. Mai	95⅞	95½
„ „ Juli	97½	97½	„ „ Juli	90⅛	89⅞
Mais p. Mai	75⅜	74½	Mais p. Mai	66⅝	65¾
„ „ Juli	72¼	72¼	„ „ Juli	63⅛	62¾
Mehl Spring clears	4,40	4,40	Hafer p. Mai	54	54¼
Kaffee Fair Rio Nr. 7	6¼	6¼	„ „ Juli	47⅞	47⅞
„ p. März	5,80	5,80	Roggen p. Mai	81	81
„ „ Mai	5,90	5,85	Schmalz „ März	7,75	7,70
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ „ Mai	7,95	7,95
do. in New York	8,75	8,75			
do. in Philadelphia	8,70	8,70			

Tendenz: Weizen kaum stetig, Mais stramm.

Schiffsnachrichten.

Hamburg, 17. März. Hamburg-Amerika-Linie. La Plata, nach Nordbrasilien, 16. März mittags 12 Uhr Dover passiert. Kronprinzessin Cecilie, nach Havana und Mexiko, 16. März vorm. 11 Uhr in Havre angek. Vandalia, von Ostasien, 16. März mrgs. 8 Uhr in Havre angek. Amerika, von New York, 16. März nachmittags 1 Uhr 40 Min. auf der Elbe angek. Galizia, von Persien, 13. März von Port Said abgeg. Windhuk, nach Ostafrika, 14. März in Bremerhaven angek. Sambia 16. März in Kobe angekommen. Sithonia, nach Ostasien, 16. März nachm. von Suez abgeg. Edea, nach Westafrika, 16. März abends 9 Uhr 10 Min. von Cuxhaven abgeg. Sevilla, 16. März nachm. 5 Uhr von Buenos Aires nach Montevideo abgeg. Niederwald 15. März in Ponto Columbia angek. Rhaetia, 16. März in Bahia angek. Louise 17. März in Basora angek. Antonina 16. März von Ceara abgeg. Pisa, nach dem La Plata, 16. März nachm. 5 Uhr von Teneriffe abgeg. Calabria, nach Westindien, 16. März nachm. 4 Uhr von Ponto Delgada abgeg. Schaumburg, nach Westindien, 16. März nachm. 2 Uhr in Antwerpen angek. Saxonia, von Ostasien, 16. März Perim passiert. Bolivia, von Westindien, 16. März nachm. von Ponto Delgada abgeg.

Hamburg, 16. März. Woermann-Linie. Alexandra Woermann auf Heimreise Sonntag in Winnebah eingetroffen. Hans Woermann auf Heimreise Sonntag in Kripi eingetroffen. Henriette Woermann auf Ausreise Sonntag in Bonny eingetroffen. Swakopmund auf Ausreise Sonntag Vlissingen passiert.

Bremen, 16. März Norddeutscher Lloyd. Königin Luise Sonnabend nachmittag 7 Uhr von New York abgeg. Oldenburg Sonnabend nachmittag 11 Uhr in Bremerhaven agnek. Zieten Sonnabend nachmittag 9 Uhr in Hamburg angek. Tübingen Sonnabend nachmittag 1 Uhr Quessant pass. Prinz Heinrich Sonnabend nachmittag 6 Uhr von Gibraltar abgeg. Kleist Sonnabend vormittag 11 Uhr in Aden angek. Scharnhorst Sonntag vormittag 10 Uhr in Bremerhaven angek. Goeben Sonntag nachmittag 1 Uhr in Singapore angek. Prinzess Alice Sonntag nachmittag 7 Uhr von Schanghai abgeg. Schleswig Sonntag vormittag 3 Uhr von Neapel abgeg. Helgoland Sonntag vormittag 12 Uhr von Antwerpen abgeg. Erlangen Sonntag vormittag 8 Uhr Dover pass. Rhein Sonntag vormittag 12 Uhr Dover passiert.

Bremen, 17. März. Norddeutscher Lloyd. Westfalen Montag 10 Uhr abends von Adelaide abgeg. Schleswig Montag 3 Uhr nachm. in Marseille angek. Yorck Dienstag 2 Uhr vorm. von Port Said abgeg. Prinzess Alice Dienstag 9 Uhr vorm. in Nagasaki angek. König Albert Montag 5 Uhr nachm. von Gibraltar abgeg. Crefeld Montag 12 Uhr mittags St. Vincent pass. Erlangen Montag 3 Uhr nachm. in Rotterdam angek. Mainz Montag von Itajahy abgeg.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	16. März	+1,34	17. März	+1,20	14	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,16	„	+2,12	4	—
„ Unterpegel	„	+1,92	„	+1,80	12	—
Seusenfels, Oberpeg.	„	+2,82	„	+2,74	8	—
„ Unterpeg.	„	+1,78	„	+1,56	22	—
Trotha	16. „	+3,22	17. „	+3,06	18	—
Alsleben, Oberpegel	16. „	+2,97	17. „	+2,96	1	—
„ Unterpegel	„	+3,50	„	+3,78	—	28
Bernburg	„	+2,58	„	+2,40	18	—
Kalbe, Oberpegel	„	+2,10	„	+2,02	8	—
„ Unterpegel	„	+2,58	„	+2,40	18	—

Moldau. Iser. Eger. Elbe.								
	März		Fall	Wuchs		März	Fall	Wuchs
Budweis	16.	+0,02	3	—	Torgau	17.	+2,24	13 —
Prag	„	+1,14	—	—	Wittenberg	„	+3,10	10 —
Jungbunzl	„	+0,24	—	—	Rosslau	„	+2,71	11 —
Laun	„	+0,68	—	—	Barby	„	+3,11	12 —
Pardubitz	„	+0,60	14	—	Magdeburg	„	+2,70	9 —
Brandeis	„	+1,62	—	—	Tangermünde	„	+3,66	— 2
Melnik	„	+1,15	11	—	Wittenberge	„	+3,21	— 9
Leitmeritz	17.	+0,78	14	—	Dömitz, Peg.	16	+2,59	— 9
Aussig	„	+1,23	16	—	Hohnstorf	17.	+2,55	— 6
Dresden	„	—0,17	15	—	Lauenburg	„	+2,58	— 7

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080318011/fragment/page=0005

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

Z 1. Jan.	4 1. Apr.	7 1. Juli	O 1. Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.
2 1. Fbr.	5 1. Mai	8 1. Aug.	N 1. Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.
3 1. Mrz.	6 1. Juni	9 1. Spt.	D 1. Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.

q_1 quartaliter 1.1.4.7.10. q_2 do. 1.2.5.8.11. q_3 do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 17. März 1908

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.
Berlin. Bankdiskont 5½%, Lombardzinsfuss 6½%, Privatdiskont 4⅝%.

Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt. Rchs.Sch.	v	3½	99.90G
do. 1912	a	3½	99.90G
fäll. 1.7.08	a	3½	99.80G
fäll. 1.10.08	a	3½	99.70G
fäll. 1.4.09	a	3½	99.40G
Pr. Schatz i 2	a	4	99.90B
Dt. Rchs-Anl.	v	3½	91.90bB

Spandau 95	d	3½	92.50G
Stargard i. P.	d	3½	—.—
Stendal 01	a	4	—.—
do. 03	d	3½	90.20G
Stettin	a	3½	91.00B
do. 1904	d	3½	90.10bB
Teltow. Kreis	d	4	98.80b

Eisenbahn-Prior.-Obligat.

Braschw. Ldsb.	a	3½	83.30b
Brölth. 90er	d	4½	—.—
Halle-Hettst.	d	4	—.—
Halb. Blnk. 84	a	3	—.—
do. 1895 03	a	3½	69.00G
Nordh. Wrn. E	d	4	—.—

Nordd. Grdcr. III IV u. V	a	4	96.50G
do. VI	d	4	96.75bG
do. X. XI	a	4	97.25bG
do. XII. u. 12	d	4	97.40bG
do. XIV	d	3½	93.25G
do. XV. u. 15	a	4	97.50bG
do. XVI. u. 18	a	4	97.90G

Krupp-Oblig.	a	*4	99.00bB
Lahm. & Co. 3	d	*4½	99.10b
Laurahütte	a	*4	93.00B
do.	c	*3½	90.75G
Ldf. EyckSt 5	d	*4½	—.—
Leopold-Gr.	a	*4½	100.00B
Ldw. Löwe & C	d	*4	97.70G
LwenrHSch2	d	*4½	100.90B

Böhm. Brauh.	1	5	132.00bG
Bolle Wb abg.	0	4	113.50G
Dtsch. Bierb.	0	8	126.00bB
Friedrichsh.	0	4½	90.25bG
Gebhardt	0	1	65.00G
Gericke Wsb.	0	0	30.50bG
Germania	0	5	96.75G
Hilsebein	0	0	63.00bG

Grünau	1	10	152.75G
v. Heyden	1	10	156.50G
Hönning	7	10	143.50bG
Milch	N	15	229.40B
Oranienb.	1	10	157.50G
Weiler	1	10	151.25G
Albert	1	22½	401.50b
Byk	7	0	55.50bG

Klaus. Sp. abl.	1	8	85.75B
Köhlmann St.	0	18	297.00B
Koll. & Jourd.	5	15	237.00bG
Kölsch Walz.	7	10	193.00bG
Fg. Wilh. cv.	1	20	253.75b
do. do. Pr.-A.	1	25	326.25bG
Kön. Marienh.	1	8	87.00G
do. do. V.-A.	1	8	87.00G
Kgsb. Walzm.	1	6	95.50B

Schönh. Allee	1	frc.	640.00G
Schöneb. Met.	7	4	42.10G
Schoening	5	8	102.30G
Schönw. Prz.	1	4	92.50G
Schott Rhdt.	1	10	112.50G
Schfig. Huck	1	10	134.50G
Schub. & Slz.	1	30	288.25bB
Schuckert El.	8	5	103.25b
Fr. Schulz jr.	1	23	274.00B

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080318011/fragment/page=0006
DFG